

Protokoll der 51. Bundesversammlung des BdP vom 16.06. bis 18.06.2023 in Immenhausen

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) und Kay Mlasowsky (stv. Bundesvorsitzender) eröffnen die Versammlung und begrüßen die Delegierten und Gäste.

Herr Robrecht, der Magistrat der Stadt Immenhausen, grüßt die anwesenden Delegierten und erzählt die Geschichte des Zentrum Pfadfinden.

Kay Mlasowsky (stv. Bundesvorsitzender) heißt die neuen Landesvorstände willkommen und bedankt sich für ihr Engagement.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) begrüßt die neuen Mitarbeitenden im Zentrum Pfadfinden: Jennifer Weimert (Verwaltung), Roy König-Waldroup (Koch), Angela Ciomperlik und Taparavatee Bennecke (beide Hauswirtschaft).

TOP 2 Regularien

2.1 Erläuterung der Sitzungsregeln und des Verfahrensablaufs der BV

Kay Mlasowsky (stv. Bundesvorsitzender) bittet die Kandidaten für die Versammlungsleitung sich vorzustellen. Forsa (Marco Nüchel, LV NRW) gibt eine ausführliche Einführung zu dem Ablauf der Bundesversammlung.

Es gibt eine Rückfrage von Umberto Albrecht (LV NDS), was ein Geschäftsordnungsantrag ist. Forsa (Marco Nüchel, LV NRW) erklärt die Geschäftsordnungsanträge.

2.2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der namentlichen und zahlenmäßigen Anwesenheit der Delegierten

Kay Mlasowsky (stv. Bundesvorsitzender) stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Bundesversammlung fest und ruft die Landesverbände einzeln auf, ihre Stimmkarten abzuholen.

Folgende Delegierte sind anwesend:

Landesverband	Anwesende Delegierte	Mögliche Delegierte
Baden-Württemberg (BaWü)	9	9
Bayern	15	16
Berlin/Brandenburg (BBB)	7	7
Bremen	1	1
Hessen	12	14
Niedersachsen (NDS)	16	16
Nordrhein-Westfalen (NRW)	10	10
Rheinland-Pfalz/Saar (RPS)	10	10
Sachsen	3	3
Schleswig-Holstein/Hamburg (SHHH)	6	6
Thüringen	0	1
Bundesausschuss	4	4
Summe	93	97

2.3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Bundesversammlung ist mit 93 von möglichen 97 stimmberechtigten Delegierten beschlussfähig. Die Beschlussfähigkeit wird somit festgestellt.

2.4 Wahl der Versammlungsleitung

Für die Versammlungsleitung werden folgende Personen vorgeschlagen:

- Nono (Manon Dunker, LV Bayern)
- Hannes Stintat (LV NDS)
- Forsa Marco Nüchel (LV NRW)
- Ann-Katrin Rückel (LV Bayern)

Die vorgeschlagenen Personen stellen sich als mögliche Versammlungsleitung dem Gremium vor.

Es wird die Wahl aller Kandidat*innen en bloc beschlossen.

Ja	Nein	Enthaltung
89	2	2

Kay Mlasowsky (stv. Bundesvorsitzender) bedankt sich bereits im Voraus für die Übernahme der Tätigkeit.

Die gewählten Personen nehmen die Wahl an und sind somit als Versammlungsleitung gewählt.

2.5 Wahl der Protokollführung

Für die Protokollführung werden folgende Personen vorgeschlagen:

- Steini (Gernot Knittel, LV BaWü)
- Annika Amsel (LV Hessen)
- PC (Philipp Cordes, LV Bremen)
- Jessica Giesselmann (Bundesamt)
- Diana Schlundt (Bundesamt)
- Silvia Houda (Bundesamt)

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) fragt, wie die Protokollführung sich beim Ausschluss der Öffentlichkeit verhält, da es in der Protokollführung auch Nicht-Mitglieder des BdP gibt.

Forsa (Marco Nüchel, LV NRW) erklärt, dass Versammlungsleitung und Protokoll beim Ausschluss im Raum bleiben, um ihre Aufgaben wahrzunehmen.

Die Wahl erfolgt en bloc.

Ja	Nein	Enthaltung
93	0	0

Die gewählten Personen nehmen die Wahl an. Somit sind die oben genannten Personen als Protokollführung gewählt.

2.6 Beschluss über die Dringlichkeit verspäteter Anträge

Forsa (Marco Nüchel, LV NRW) erklärt, dass ein Dringlichkeitsantrag von Adrian Friedrich (LV NDS) vorliegt. Die inhaltliche Diskussion des Antrags folgt zu einem späteren Zeitpunkt im Tagesverlauf. Dieser beinhaltet eine

politische Positionierung des BdP zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Eine frühere Einreichung war nicht möglich, da sich die EU-Innenministerkonferenz erst in der letzten Woche positioniert hat.

Es gibt keine Wortbeiträge über die Dringlichkeit.

Abstimmung des Dringlichkeitsantrages:

Ja	Nein	Enthaltung
65	4	24

Es besteht eine Zweidrittelmehrheit. Der Antrag wird am Sonntag behandelt werden.

2.7 Beschluss der Tagesordnung

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) informiert darüber, dass der Tagesordnungspunkt 13 (Ausschluss eines Mitgliedes aus dem BdP) am Samstagabend in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:

Ja	Nein	Enthaltung
92	0	1

Somit ist die Tagesordnung einstimmig angenommen.

2.8 Genehmigung des Protokolls der 50. Bundesversammlung

Abstimmungsergebnis zur Genehmigung des Protokolls:

Ja	Nein	Enthaltung
73	0	20

Somit ist das Protokoll der 50. Bundesversammlung genehmigt.

TOP 3 Bundesvorstand, Bundesleitung, Arbeitskreise und Projekte: Aussprache zu den schriftlichen Berichten

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) erklärt den Vorgang über den Markt der Berichte. Die schriftlichen Berichte* sind den Mitgliedern der Versammlung vorab schriftlich zugegangen. Der Markt der Berichte soll auf der Versammlung die Möglichkeit geben mit den Zuständigen ins Gespräch zu kommen und sich über die Arbeit auf Bundesebene zu informieren. Im Anschluss besteht die Möglichkeit für Fragen im Plenum.

3.1 Bundesvorstand

Zu diesem Bericht gibt es keine Nachfragen.

3.2 Bundesbeauftragte

Zu diesen Berichten gibt es keine Fragen.

3.3 Arbeitskreise

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) ergänzt zur Präsentation des AK Aufarbeitung, dass es morgen früh die Möglichkeit gibt, den Zuständigen Fragen zu stellen, da diese anwesend sein werden.

3.4 Aktionen

Es gibt keine Rückfragen zu den Aktionen.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) dankt der Bundesleitung und den Arbeitskreisen für die schriftlichen Berichte.

TOP 4 Berufungen

4.1 Bundesbeauftragte

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erklärt, dass es in der Bundesleitung strukturelle Veränderungen gegeben hat und Bereiche zusammengefasst wurden. Es gibt nun 4 Bereiche mit Bundesbeauftragten: Stufen, Ausbildung, Internationales sowie den Bereich Politik und Gesellschaft.

Es gibt einen neuen Bundesbeauftragten für die Stufen, der Adina Memmer in ihrer Arbeit unterstützt: Günni (Moritz Becker, LV Bremen).

Günni (Moritz Becker, LV Bremen) stellt sich vor.

4.2 Bundeslagerleitung

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) schlägt als neue Bundeslagerleitung Nilpferd (Philipp Fabian, LV NDS), Gromit (Katharina Shui, LV NRW), Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) und Käferchen (Karolin Stephan, LV Sachsen) vor.

Käferchen (Karolin Stephan, LV Sachsen) und Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) sind anwesend und stellen sich kurz vor.

Das Bundeslager wird vom 31.07. - 09.08.2026 in Immenhausen stattfinden.

Die Bundesversammlung bestätigt die Berufungen zur Bundesleitung und Bundeslagerleitung.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
90	0	3

TOP 5 Finanzen Teil 1

5.1 Jahresabschluss 2022

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) stellt einzelne Aspekte aus dem Geschäftsbericht und dem Jahresabschluss 2022* vor.

Die Ist-Einnahmen sind höher als die geplanten Einnahmen, da der BdP viele Zuschüsse bekommen hat. Die Ausgaben waren leider ebenfalls höher als erwartet. Gründe dafür sind das Bundeslager, Ausgaben im Zentrum und höhere Personalkosten. Trotzdem gibt es ein positives Jahresergebnis von ca. 13.000 Euro.

Das Zentrum Pfadfinden hatte höhere Einnahmen und Ausgaben als ursprünglich geplant. Es konnten wieder vermehrt Gruppen beherbergt werden. Die Betriebskosten (Strom, Gas, Heizung, Personal) sind gestiegen. Es gab zusätzlich ungeplante Ausfälle im Personal, welche durch Zeitarbeitende ausgeglichen werden mussten.

Die steigenden Kosten mussten an die Gäste im Zentrum Pfadfinden weitergegeben werden. Zusätzlich musste das Personal entlastet werden. Es wurde u.a. ein neuer Koch und neue Reinigungskräfte eingestellt.

Bei zukünftigen Veranstaltungen wird ein Spielraum eingeplant werden, um die steigenden Kosten und das damit einhergehende finanzielle Risiko abzumildern.

Ein Bundeslager ist eine Großveranstaltung, die einen großen finanziellen Aufwand bedeutet. Die Einnahmen betragen ca. 1,7 Mio. Euro. Die Ausgaben betragen ca. 1,8 Mio. Euro.

Es gab ein Minus von 115.000 Euro. Viele Positionen waren deutlich teurer, als sie eingeplant waren.

Ein großer Faktor war ein deutlich teurerer Lagerplatz. Dies ist möglicherweise durch die Lage im Ballungsraum München zustande gekommen.

Die Anreisekosten fielen ebenfalls höher aus als einkalkuliert. Die Preise wurden vor der Teuerung der Dieselpreise kalkuliert und haben sich gesteigert. Ein weiterer Faktor waren die Duschen und Toiletten, die durch die geringe Verfügbarkeit zu der Zeit und eine hohe Nachfrage teurer wurden.

Die Kosten der Unterlager wurden von ähnlichen Faktoren beeinflusst und teurer als geplant.

Es konnten trotzdem alle Kosten abgerechnet und gedeckt werden. Eine große Unterstützung kam von der Stiftung Pfadfinden.

Es musste kein Geld im Nachhinein von den Stämmen und Teilnehmenden eingefordert werden. Einige Landesverbände haben auf ihr Budget verzichtet und haben Gewinne aus den Cafes verzichtet.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) dankt den Unterlagern und den Personen, die dies ermöglicht haben.

Rückstellungen werden jährlich gebildet. Es gab mehrere Rückstellungen aus den letzten Jahren u.a. eine Rückstellung für eventuelle Rückzahlung von Corona-Hilfen in Höhe von 116.000 Euro.

Weitere Bereiche in denen Rückstellungen stattfanden sind: Personal, Aufarbeitung, Endlich wieder raus und die drohenden Verluste des Zentrum Pfadfinden. Für Endlich wieder raus und Aufarbeitung konnten die Rückstellungen aufgelöst werden, da sie nicht mehr benötigt werden. Aus diesen konnten die höheren Kosten des Bundeslagers ausgeglichen werden.

Für die Bildung neuer Rücklagen wird der Jahresüberschuss von 12.997,63 Euro verwendet.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) stellt eine Frage zur grafischen Aufbereitung und bittet um Erklärung, da es bei der Investitionsrücklage verständlich aussieht, aber die Wiederbeschaffungsrücklage nicht eindeutig dargestellt ist.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass in der Ansicht etwas vertauscht ist.

Bei der Bilanz ist auf der Aktivseite das Sachanlagevermögen (Gebäude, Grundstücke etc.), welches über die Zeit abgeschrieben wird. Es wurde mehr abgeschrieben, als angeschafft wurde. Deswegen gibt es in dem Bereich einen leichten Rückgang des Sachanlagevermögens.

Forderungen von Dritten Personen sind auf ähnlichem Niveau wie im letzten Jahr.

Weitere Mittel sind in der Kasse vorhanden.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) fragt nach, wer dem BdP Geld schuldet und warum.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass am Ende des Jahres geprüft wird, welche Rechnungen noch offen sind, da dies vorkommen kann. Es wird weiterhin geschaut, ob noch Forderungen aus dem letzten Jahr bestehen. Es ist Stichtagsbezogen abgebildet.

Umberto Albano (LV NDS) hat eine Frage zur Verringerung der Sachanlage, warum nur 5.000 Euro abgeschrieben wurde.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass das an der etwas unübersichtlichen Darstellung in der Präsentation der betriebswirtschaftlichen Auswertung liegt und entschuldigt sich dafür. Es gibt mehrere Positionen dazu, die man unter den Stichpunkten Wirtschaftsbetrieb und Zweckbetrieb nachlesen kann.

Die Sippenhäuser werden aufgrund der Sanierung abgeschrieben.

Durch die Darstellung der Schulden (Bilanz Passiva) wird bereits erhaltenes Geld abgegrenzt, welches vorab für spätere Projekte gezahlt wurde. Da eine periodengerechte Darstellung angestrebt wird, wird dies so aufgeschlüsselt.

Weiterhin wird bei der Kassenprüfung überprüft, ob alle Verbindlichkeiten gezahlt wurden.

Die Zusammenfassung ergibt ein positives Jahresergebnis mit ca. 13.000 Euro trotz eines negativen Jahresergebnisses mit 115.000 Euro durch das Bundeslager. Durch die Auflösung der Rückstellungen konnte dieses Defizit ausgeglichen werden.

Flo (Florian Grimm, LV Bayern) merkt an, dass der Edeka-Markt beim Bundeslager mit der Lieferung versagt hat und fragt, ob es da etwas Neues gibt.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass es dazu noch nichts Neues gibt. Aktuell gibt es noch Verhandlungen mit Edeka und dem Zeltanbieter der Markthalle. Edeka hat nicht so geliefert wie vereinbart, daher ist durch das Beschaffen von Ersatz ein finanzieller Schaden entstanden.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) möchte wissen, ob die Bundeslagerleitung Erfahrungswerte mitgenommen hat, damit es nicht wieder zu solchen Verlusten kommt oder ob das Risiko für unkalkulierbar gehalten wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass es nicht für unkalkulierbar gehalten wird. Neben gewissen Positionen die teurer geworden sind, kann das Controlling ein Problem sein sowie Investitionen die kurzfristig getätigt werden mussten. Die Bundeslagerleitung ist noch nicht final fertig, alle Lehren gezogen zu haben. Die Erfahrungen werden aber der nächsten Bundeslagerleitung mitgeben.

Umberto Albano (LV NDS) merkt an, dass viele Positionen unter dem Plan gelaufen sind. Der Bund hat gut gewirtschaftet, der Bundesvorstand hat wenig ausgegeben und war sparsam. Er regt weiter an, nicht alles in Rücklagen zu packen sondern gern in neue Projekte zu stecken.

Es gibt keine weiteren Fragen.

5.2 Bericht der Revisor*innen

Die Revisoren James (Christian Wolf), Forsa (Marco Nüchel), Pasti (Pascal Schröder), Helmut List und Aga (Andreas Gross-Albenhausen) berichten von der Kassenprüfung im März 2023 in Immenhausen. Die Revisoren danken dem Bundesamt für die sorgfältige Arbeit und Vorbereitung. Zum Gilwellkurs und zum Bundeslager gab es die Rückmeldungen, dass es in diesen Bereichen einer besser strukturierten Darstellung bedarf.

Beim Bundeslager variierten in den Unterlagern die Kosten der Teilnehmenden sehr stark. Die Revisoren schlagen vor, dieses in Zukunft besser abzustimmen.

Vale (Valentin Waldhausen, LV BaWü) ist aufgefallen, dass die Ausgaben der Unterlager sehr stark variieren. Er fragt, ob es konkrete Ideen für den nächsten Schatzmeister gibt, wie das verbessert werden kann.

Forsa (Marco Nüchel, Revisor) merkt an, dass dies nicht möglich ist. Es ist nicht die Aufgabe der Revisor*innen, inhaltliche Vorschläge zu machen.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) dankt den Revisoren für die Arbeit.

Die Revisoren schlagen die Entlastung des Bundesvorstands vor.

5.3 Bericht der Finanzausschusses

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) stellt kurz den Finanzausschuss und die Aufgaben des Ausschusses vor. Der Ausschuss hat sich zuletzt mit dem Jahresabschluss, dem Wirtschaftsplan und den Anträgen zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge befasst. Er freut sich, dass dieses Gremium wiederbelebt werden konnte und dankt den Personen, die im Ausschuss mitgearbeitet haben.

5.4 Entlastung des Vorstandes für das Jahr 2022

Lukas Bauer (LV Bayern) beantragt die Entlastung des Bundesvorstands.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
89	0	4

Der Bundesvorstand mit 4 Stimmen nimmt an der Abstimmung nicht teil. Somit ist der Bundesvorstand für das Jahr 2022 entlastet.

TOP 10 Unsere Partner (Einschub)

VCP

Erik Stahlmann (Bundesvorstand VCP) spricht Grußworte an die Bundesversammlung. Er berichtet vom Jubiläum 50 Jahre VCP, welches im Rahmen des Evangelischen Kirchentages in Nürnberg stattfand. Der BdP Bundesvorstand war durch Kay Mlasowsky vertreten.

Der VCP hat sich ein Wachstumsziel gesetzt, und möchte in den nächsten Jahren um 50% wachsen.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) dankt Erik für seine Grußworte und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem VCP.

TOP 6 Abstimmung über vorliegende Anträge

6.12 Antrag 11: Mitgliedsbeitragsserhöhung

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der jährliche Bundesbeitrag wird ab dem Beitragsjahr 2024 um 5,00 € erhöht.
Der Halbjahresbeitrag erhöht sich ab dem Beitragsjahr 2024 damit um 2,50 €.
Eine Unterscheidung zwischen neuen und alten Bundesländern bei dieser Mitgliedsbeitragsserhöhung findet keine Anwendung.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) stellt der Versammlung den Antrag vor und zeigt eine Präsentation*. Er erläutert, dass unter anderem die hohen Kosten durch steigende Personalkosten sowie Erhöhungen bei dem öffentlichen Verkehr, sprich der Reisekosten vorzufinden sind. Die Dachverbände rdp, WOSM und WAGGGS planen ebenfalls Beitragserhöhungen. Des Weiteren spielt das Wachstum des BdP eine große Rolle. Momentan gibt es keine Einsparmöglichkeiten und auch die hohen Zuschüsse wie bei „Aufholen nach Corona“ fallen weg.

Die 5 Euro Erhöhung setzen sich aus 2 Euro Personalkosten, 2 Euro für Bundesaktionen (BV, Gilwellkurs usw.) sowie 1 Euro für Sonstiges (Versicherungen usw.) zusammen.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) fragt nach, wie lange die Mehreinnahmen für eine Deckung der Kosten ausreichen sollen.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass das aufgrund der Inflation nicht absehbar ist. Durch die Beitragserhöhung soll auch die soziale Gerechtigkeit gefördert werden. Der Bundesvorstand möchte außerdem durch die Beitragserhöhung die finanziellen Mittel stabilisieren oder sogar verbessern.

Vale (Valentin Waldthausen, LV BaWü) erwartet, dass die Bahnkosten z.B. durch das Deutschlandticket geringer werden. Er fragt, ob es auf der Bundesebene auch so gesehen wird.

Der Vorstand unterstützt die Nutzung des neuen Deutschlandtickets, sieht aber noch nicht, dass viele Mitglieder dies nutzen.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) stellt einen Änderungsantrag vor.

Änderungsantrag 11-Ä01:

Die Bundesversammlung möge beschließen:

~~Der jährliche Bundesbeitrag wird ab dem Beitragsjahr 2024 um 5,00€ erhöht.~~
Der jährliche Bundesbeitrag wird ab dem Beitragsjahr 2024
als Förderbeitrag um 0,00€ erhöht
als Regelbeitrag um 5,00€ erhöht
als Unterstützungsbeitrag um 10,00€ erhöht
~~Der Halbjahresbeitrag erhöht sich ab dem Beitragsjahr 2024 damit um 2,50 €.~~
Der Halbjahresbeitrag erhöht sich ab dem Beitragsjahr 2024 damit um:
Förderbeitrag: 0,00 €
Regelbeitrag: 2,50 €
Unterstützungsbeitrag: 5,00 €
Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, in der Mitgliederverwaltung eine Auswahloption zu ergänzen, mit der ausgewählt werden kann, welches Mitglied welchen Beitrag bezahlt.
Eine Unterscheidung zwischen neuen und alten Bundesländern bei dieser Mitgliedsbeitragsserhöhung findet keine Anwendung.

Michelle Büttner (LV RPS) fragt nach, wie man dies umsetzen soll, ohne den Verwaltungsaufwand auf allen Ebenen zu erhöhen.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) erläutert, dass der Bundesvorstand beauftragt wird in der Mitgliederverwaltung eine Option einzustellen, dass optionale Mitgliedsbeiträge gezahlt werden. Er ist der Meinung, dass sich der Verwaltungsaufwand nicht erhöht. Es ist wichtig im Bund dies zu beschließen und dann auf die Länder herunterzubrechen. Es soll 3 gestaffelte Beiträge geben. Dass die Umsetzung Zeit benötigen wird, ist ihm bewusst.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) findet den solidarischen Beitrag gut und wichtig. Der Solidarbetrag sollte allerdings auf Stammesebene erfasst werden. Die betroffenen Eltern können im persönlichen Kontakt mit der Stammesführung hier viel genauer ihre Situation erläutern und ihnen kann gezielter geholfen werden.

Tim Elsner (LV Hessen) schließt sich den vorherigen Ausführungen an, dass es von der Komplexität her auf Ebene der Stammesführung zu machen ist und nicht auf Bundesebene. Eine komplett neue Beitragsgestaltung ist zu komplex. Die Lösung für dieses Problem sollte auf Stammesebenen durchgesprochen werden. Er unterstützt Dustins Argumente.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) teilt mit, dass im LV Bayern nicht jedes Mitglied Kontakt zu den Mitgliederverwalter*innen hat. Und die Mitgliederverwalter*innen in den Stämmen kennen die finanzielle Situation der einzelnen Familien nicht. Die Aufgaben und Verantwortung für die Mitgliederverwalter*innen würden hier immens ansteigen.

Umberto Albano (LV NDS) sagt, dass es schon Beitragsvarianten in der Mitgliederverwaltung gibt, z.B. für Fördermitglieder oder ordentliche Mitglieder. Er findet den Antrag gut und sieht es auch als Lösung, um weitere Beitragserhöhungen abzufangen. Man muss schauen ob es technisch umsetzbar ist.

Demian Botros (LV Hessen) sieht die Idee positiv. Aber dies jetzt ad hoc zu beschließen ohne komplett zu durchdenken ist schwierig.

Guschl (Sebastian Köngeter, Bundes AK) bedenkt die Formalien. Kategorien für Sub-Beiträge müssen klar dokumentiert werden. Ein Stamm kann Beitragsarten für verschiedene Personengruppen schon heute definieren. Er ist der Meinung, dass der soziale Ausgleich eher auf Stammesebene zu schaffen ist, nicht auf Bundesebene (zu hoher Verwaltungsaufwand). Es benötigt mehr Zeit, die Situationen der Einzelnen noch genauer und individueller zu besprechen und wie es umgesetzt werden soll. Bei Vertragsabschluss muss dies niedergeschrieben werden. Dies jetzt zu besprechen, würde für mehr Verwirrung sorgen, als das es hilft.

Jakob Schäffler (LV Bayern) findet, eigene Geldmittel sollten privat bleiben. Er schlägt vor die Erhöhungen über Spendensammlungen innerhalb des Stammes aufzufangen, aber sieht die Aufgabe nicht in Landes- oder Bundesebene.

Kison (Lukas Kison, AK Rainbow) sagt, dass es schon verschiedene Beiträge gibt, auch noch in den Unterschieden nach alten und neuen Bundesländern. Zu diesen Beitragsarten kämen nochmal weitere dazu. Aus Sicht eines Landesmitgliederverwaltungsbetreuer ist zu empfehlen ein ordentliches Konzept zu erarbeiten und keine Schnellschüsse zu wagen.

Lexi Felix Wilke (LV BaWü) bemerkt, Pfadfinden soll für jede*n erlebbar sein. Die Beitragserhöhung von 5 Euro sieht er nicht als ausschlaggebend. Er sieht eher die Relevanz in Fördermittel/Spenden. Dies wäre auch weniger Arbeit für Stammes oder Landesverbände.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) stellt einen Antrag zur GO Schließung der Rednerliste und sofortige Abstimmung.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) zieht den Antrag zurück.

Die weiteren Redebeiträge beziehen sich somit auf den Ursprungsantrag.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) fragt nach, ob die Nicht-mehr-Aufteilung zwischen Neuen- und Alte Bundesländer-Beiträgen beibehalten wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) bejaht die Frage.

Matthias Schrebe (LV Bayern) spricht sich für die Erhöhung aus, da es seit 2006 keine großen Schwankungen gab. Das der Beitrag aufgrund der Inflation angehoben wird ist nachvollziehbar.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
81	5	7

Der Antrag wurde mit 81 Stimmen angenommen.

6.13 Antrag 12: Entfristung der Bundesbeitragserhöhung und Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine*n Referent*in Prävention & Kinderschutz

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die durch die 48. Bundesversammlung 2020 beschlossene Erhöhung des Bundesbeitrages um 3 € für die Jahre 2021, 2022, 2023 und 2024 wird entfristet. Die dadurch entstehenden Mittel werden dazu genutzt im BdP Bundesamt eine*n hauptamtliche*n Mitarbeiter*in als Referent*in für Prävention und Kinderschutz zu beschäftigen.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) stellt den Antrag anhand einer Präsentation* vor und erläutert die finanziellen Mehraufwände für den Bund. Die jährlichen Kosten liegen bei 43.000 Euro für diese Stelle.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erläutert, dass es sehr wichtig ist diese Stelle neu zu besetzen, da das Thema Kinderschutz und Prävention auch auf Landesebene immer präsenter wird und die Ehrenamtlichen alle Aufgaben nicht mehr schaffen. Auch die Vertretung nach Außen sowie die Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden im rdp und dem DPV sind Aufgaben der neuen Stelle.

Cappy (Sebastian Kranz, LV NDS) fragt, ob in den 43.000 Euro Personalkosten Zuschüsse des Bundesministeriums eingerechnet sind.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) verneint die Frage. Das ist das Arbeitgeber Brutto. Leider gab es noch keine Möglichkeit Drittmittel für Personalkosten einzufordern.

Aaron Eichholz (LV BBB) fragt nach, warum der Bereich Intervention bei der Aufgabenbeschreibung nicht abgebildet ist. Hier sieht er eine große Belastung für die Ehrenamtlichen und würde hier eine gute Entlastung der Ehrenamtlichen sehen.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erklärt, dass es mehrere Gründe gibt. Es gibt noch keine fixe Aufgabenbeschreibung der neuen Stelle. Jemand mit einer Teilzeit-Stelle soll eher eine vernetzende Tätigkeit durchführen. Intervention wird aber ebenfalls immer mitbedacht.

Matthias Schrebe (LV Bayern) fragt nach, wie hoch alle Beitragserhöhungen gemeinsam sind, sofern alle Anträge angenommen werden.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass die gesamte Erhöhung 6,50 Euro beträgt.

Somit sind die Verständnisfragen zu dem Antrag geklärt. Nono (Manon Dunker, Versammlungsleitung) verliest den Antrag in vorliegender Form und gibt die inhaltliche Diskussion frei.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) erklärt, dass der LV SHHH große Bauchschmerzen mit der Beitragserhöhung hat, da der LV seinen Beitrag selbst gerade erst um 6,50 Euro erhöht hat. Der Landesverband sucht aktuell nach einer neuen Besetzung für die Bildungsreferent*innen-Stelle und hat schon Probleme, diese zu finanzieren. Daher sieht sie den Antrag kritisch.

Michelle Büttner (LV RPS) sieht es anders als Smiley und ist für eine Entfristung der Mitgliedsbeitragserhöhung. Sie sieht die Referent*innen-Stelle als wichtigste Investition an, denn Kinderschutz sollte die höchste Priorität haben.

Tim Elsner (LV Hessen) erklärt, dass die befristete Beitragserhöhung aus 2020 der LV Hessen selbst bezahlt hat. Daher trifft die Erhöhung von insgesamt 9,50 Euro dann die hessischen Mitglieder sehr stark. Aber inhaltlich sieht er die Notwendigkeit einer solchen Stelle als sehr wichtig an.

Robin Groß (LV NDS) bezieht sich auf die Aussage von Smiley, dass sie als Landesverband eine weitere Beitragserhöhung durchführen sollten, um die Erhöhung zu stemmen.

Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW) gibt zu bedenken, dass es keinen falschen Zeitpunkt für die Schaffung einer Kinderschutzstelle gibt, außer eben zu spät.

Aaron Eichholz (LV BBB) stimmt dem Antrag so weit zu. Der Bundesvorstand sollte die Intervention von vornherein mit einplanen.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) schließt sich Aaron vollumfänglich an. Der Bereich Kinderschutz ist wichtig.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) möchte noch ergänzen, dass selbst mit den 3 Euro Erhöhung mehrere Mitglieder abspringen werden. Der Landesverband würde durch eine Referentenstelle auf Landesverbandsebene mehr profitieren als auf Bundesebene. Sie können es aber nicht ausreichend bezahlen und finden deshalb keine Bewerber*innen.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) verteidigt, dass im Antrag keine ganz konkreten Aufgaben für die Stelle im Antrag formuliert sind. Die Entlastung der LVs im Bereich der Intervention soll auf jeden Fall mitgedacht werden.

Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW) nimmt Bezug auf den Beitrag von Smiley und weist darauf hin, dass die angebotenen Möglichkeiten vor der Bundesversammlung genutzt werden sollten, um mit dem Bundesvorstand zu sprechen und frühzeitig eine Klärung herbeizuführen.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) erklärt, dass der LV SHHH durch das Bundesland nur gering gefördert wird. Durch eine nicht besetzte Schatzmeister Stelle gibt es aktuell im Finanzbereich einfach sehr viel zu tun und sie sind am Limit des aktuell Leistbaren.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) möchte wissen, ob eine 20 Stunden Stelle überhaupt ausreicht oder es voraussichtlich doch eine Vollzeitstelle wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erwidert, dass sich der Bundesvorstand Gedanken gemacht hat. Sie sind der Meinung und hoffen, dass es mit 20 Stunden zu bewerkstelligen ist. Wenn die Stelle effizient ist, könnte er sich auch vorstellen, die Stelle zu erhöhen und dass eine eventuelle neue Beitragsanpassung im Jahr 2027 stattfinden könnte.

Nono (Manon Dunker, Versammlungsleitung) verliest den Antrag erneut und stellt ihn zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
84	4	4

Der Antrag wurde mit 84 Stimmen angenommen.

6.14 Antrag 14: Neubau eines Küchenhauses im Zentrum Pfadfinden

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt das Küchenhaus im Zentrum Pfadfinden abzureißen und durch einen Neubau an gleicher Stelle zu ersetzen.
Zur deutlichen Reduzierung des Zinsaufwands soll der jährliche Mitgliedsbeitrag pro Person um 1,50 € erhöht werden

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) stellt den Antrag vor und erläutert die Gründe für den zwingend notwendigen Umbau der Küche anhand einer Präsentation*. Die ersten Investitionen wurden bereits mit der Sanierung der Sippenhäuser getätigt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Neubau des neuen Küchenhauses. Der BdP hat sehr hohe Fördermittel erhalten. Auf der letzten Bundesversammlung wurde das Vorhaben bereits vorgestellt und danach konnten weitere Fördermittel beschafft werden. Bis Ende 2023 soll das alte Küchenhaus abgerissen sein und im Herbst 2024 soll das neue Küchenhaus eingeweiht werden

Aga (Andreas Groß-Albenhausen, LV NRW) bemerkt, dass der neue Baukörper über das aktuelle Baufeld herausragt und fragt, ob noch genug Platz zwischen dem neuen Gebäude und dem Werkstattgebäude sein wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) und Maya Schöffel (Bundesamt) sagen, dass circa 4 Meter Platz bleiben soll.

Münchhausen (Florian Senge, LV NRW) möchte wissen, ob der neue Koch in die Planung der Küche mit einbezogen wurden. So können Planungsfehler leicht vermieden werden.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass der neue Koch bei der Gestaltung des Küchenhauses mit einbezogen wird.

Die Gesamtkosten betragen ca. 3 Mio Euro. Von Bund und Land bekommt der BdP finanzielle Unterstützungen von ca. 2,3 Mio Euro als Fördermittel. Die neue Küche soll auch unter pädagogischen Aspekten geplant werden, dies ist ein Schwerpunkt in der Planung. Des Weiteren sichert die Stiftung Pfadfinden wieder Fördermittel zu.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) hinterfragt die vorgesehenen Bundes- und Landesmittel. Der Bundesminister der Finanzen Christian Lindner kürzt aktuell im Bundeshaushalt einiges an Geldern. Er möchte wissen, ob es schon feste Zusagen der Fördermittel gibt.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass die Mittel fest zugesichert wurden.

Seppl (Joseph Hopfmüller, LV Bayern) merkt an, dass der Bauplan mit Fertigstellung in 2024 sehr ambitioniert scheint. Wenn die Fertigstellung erst später erfolgt, verzögert sich auch die Tilgung der Kredite und er fragt, ob hier Mehrkosten für den Bund entstehen.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erwidert, dass bei dem Darlehen bis zur Bereitstellung der Gelder 0,5 % Zinsen auf das nichtabgerufene Kapital zu entrichten ist und dann erst mit der Tilgung begonnen wird. Somit haben wir kein Risiko.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) findet das Konzept super und hält die Planungen für eine gute Ergänzung des Zentrums. Er sieht allerdings den Bau und Betrieb unseres Zentrums nicht als den Vereinszweck des BdP an, er zweifelt die satzungsgemäße Verwendung der Mittel an. Er fragt, ab wann mit Mehreinnahmen für die Vermietung des Zentrums geplant wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) widerspricht Levi.

Die Versammlungsleitung unterbricht die Diskussion, da erstmal nur Verständnisfragen geklärt werden sollen.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt weiter, dass das Vorhaben nur durch weitere größere Belegungen im Zentrum Pfadfinden zu bewältigen ist, welche auch bereits vorliegen. Über einen Zeitraum von 12 Jahren sind insgesamt 700.000 Euro Darlehen zu zahlen.

Vale (Valentin Waldthausen, LV BaWü) fragt, wie die Sondertilgung bewerkstelligt werden soll und welche Höhe die Tilgungen betreffen.

Caro (Carolin Scheder, LV SHHH) möchte wissen, ob die Beitragserhöhung wieder zurückgenommen wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) sieht es als nicht sinnvoll an, da Preissteigerungen zwingend zu weiteren Erhöhungen in der Zukunft führen werden, die durch die unbefristete Erhöhung länger abgefangen werden können.

Tim Elsner (LV Hessen) möchte wissen, ob auch mehr als die vereinbarte jährliche Sondertilgung geleistet werden kann.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erwidert, dass die 700.000 Euro nicht voll ausgeschöpft werden müssen und man somit noch etwas sparen kann.

Demian Botros (LV Hessen) sagt, dass es für 2025 den Plan eines hessischen Ringlagers gibt und fragt, ob die Zahlen in der Kalkulation schon mit aufgenommen sind.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass die Berechnungen aktuell sind aber das Hessische Ringlager wurde rausgerechnet.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) fragt noch einmal genau, ob die Erhöhung auch an der Sondertilgung liegt.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) sagt ja, unter anderem.

Adrian Friedrich (LV NDS) fragt, ob es Pläne gibt, wenn es teurer wird als der vorgesehene Sicherheitspuffer.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass mit der Bank gesprochen wurde und es notfalls noch Maßnahmen gibt.

Es wird ein Änderungsantrag von Tim Elsner (LV Hessen) eingereicht.

Änderungsantrag 14-Ä01:

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt das Küchenhaus im Zentrum Pfadfinden abzureißen und durch einen Neubau an gleicher Stelle zu ersetzen.
Zur deutlichen Reduzierung des Zinsaufwands **soll** wird ab dem Beitragsjahr 2024 der **jährliche Mitgliedsbeitrag pro Person Jahresbeitrag pro Mitglied** um 1,50 € erhöht **werden**. Der **Halbjahresbeitrag** wird **entsprechend** um **0,75 € pro Mitglied** erhöht.

Der Änderungsantrag wird vom Bundesvorstand angenommen.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erläutert den Auftrag des Bundesvorstandes ein neues Finanzierungskonzept zu entwerfen. Die vorausgehende Bundesleitung hat bereits die Zustimmung der Bundesversammlung für die Planungen erhalten und bittet die Versammlung darum, sich auf Beiträge zu beschränken, die die Frage betreffen, ob die Investition getätigt werden soll, oder nicht.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) fragt, ob es einen Businessplan und eine konkrete Planung gibt, ab wann in welcher Höhe die Investition sich auszahlen wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass der Wirtschaftsplan vorliegt. Dieser wird später noch vorgestellt. Für das nächste Jahr wird die Finanzsituation des Zentrums im positiven Bereich erwartet.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) erklärt, dass seine Frage projektbezogen gemeint ist und möchte wissen, ob geprüft wurde, ob man mehr Geld damit machen kann, wenn das neue Küchenhaus gebaut wurde.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erläutert, dass das Küchenhaus nicht geplant ist, um zusätzliche Angebote im Zentrum Pfadfinden zu schaffen, sondern um den Weiterbetrieb überhaupt möglich zu machen. Die aktuelle Küche ist nur eine Übergangslösung und hat nur eine vorübergehende Genehmigung. Sobald diese ausläuft, kann dort keine Jugendarbeit mehr stattfinden.

Das Darlehen kann voraussichtlich durch die Einnahmen des Zentrum Pfadfinden getilgt werden.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) stellt fest, dass die Rücklagen für Bauinvestitionen recht hoch sind und fragt, wie damit umgegangen wird.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass es Rücklagen für diesen Bau gibt, die für diesen Zweck genutzt werden sollen. Der Mitgliedsbeitrag soll nicht erhöht werden, um das Darlehen zu tilgen. Dies ist auch ohne eine Erhöhung möglich. Eine Erhöhung ist nötig, um die Jugendarbeit in der aktuellen Form weiter betreiben zu können, wenn die Darlehen getilgt wurden und die Erhöhung in den BdP fließt.

Vale (Valentin Waldthausen, LV BaWü): fragt, ob wir die Beitragserhöhung brauchen, wenn Rücklagen für Sondertilgungen genutzt werden können.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass der BdP eine Rücklage von 260.000 Euro hat. Diese können aufgelöst werden, wenn man einen negativen Jahresabschluss hat.

Tim Elsner (LV Hessen) weist darauf hin, dass der Mitgliedsbeitrag genutzt wird, um eine Unterkunft im Zentrum Pfadfinden zu gewährleisten. Es ist für uns alle unser Zentrum, unsere Identifikation. Wenn der Beitrag genutzt wird, um dem Verband eine Ersparnis zu ermöglichen, kommt es allen zugute, da wir alle der BdP sind. Der Betrieb von Immenhausen bedeutet damit eine Stärkung der Jugendarbeit.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) bemerkt, auch wenn dem Antrag nicht zugestimmt wird, wird das Küchenhaus gebaut. Es geht lediglich um die Beitragserhöhung um später nicht so lange zurückzahlen zu müssen.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) widerspricht, dass der Beitrag weiter fortbestehen wird und nicht zweckgebunden ist. Wenn wir negative Jahresabschlüsse haben, verlieren wir langfristig Geld, da dieses Geld nicht auf der Bank liegt.

Adrian Friedrich (LV NDS): möchte wissen, in welcher Form das Geld vorhanden ist.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) hatte die Vermögensgegenstände und Schulden erklärt. Wenn von den Werten der Gebäude die Schulden abgezogen werden, ist die Differenz unser Eigenkapital. Unser Kapital ist in Sachanlagevermögen gebunden.

Vale (Valentin Waldthausen, LV BaWü) sagt, dass wir letztes Jahr ein Plus von 13.000 Euro hatten. Wenn der BdP ein negatives Haushaltsjahr hat, kann das über die Rücklagen ausgeglichen werden. Wenn der BdP ein positives Haushaltsjahr hat, können die Rücklagen aufgestockt werden. Er möchte eine Einschätzung mit Blick auf die nächsten 2 Jahre, wie sich die Finanzen entwickeln werden und eine Sondertilgung geleistet werden kann.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister): antwortet, dass durch die für mehrere Jahre angelegte Mitgliedsbeitrags-erhöhung, es für die nächsten Jahre durch geringere Ausgaben wieder gegen 0 Euro herauslaufen wird. Das erwirtschaftete Geld soll direkt für die Jugendarbeit genutzt werden. Es werden keine umfangreichen Rücklagen erwirtschaftet.

Pasch Anton Fitz (LV Bayern) äußert sich positiv zu dem Antrag da, die Ersparnis genutzt werden soll, um die Mitgliedsbeiträge stabil zu halten. Zusätzlich soll ein Crowdfunding initiiert werden und hier wäre zu überlegen, ob man diese Option öfter nutzt.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) meint, eine Beitragserhöhung sollte das letzte Mittel der Wahl sein. Er fragt, wenn das Geld auf andere Weise eingebracht werden könnte (z.B. Crowdfunding), ob der Bund dann auf die Erhöhung des Beitrages verzichten kann. Der LV Niedersachsen habe dem Bund schon einmal Geld geliehen, vielleicht sollten die Landesverbände angesprochen werden.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) hat die Landesverbände angesprochen. Viele LVs müssen selbst ihre Beiträge erhöhen und haben keine großen finanziellen Rücklagen.

Lukas Bauer (LV Bayern) erklärt, dass nach Rücksprache mit dem Schatzmeister der LV Bayern nicht gefragt wurde. Er möchte wissen, ob es möglich ist, dass die Landesverbände mitzahlen und nicht die einzelnen Mitglieder die Erhöhung tragen müssen.

Fe (Felix Dotterweich, LV Sachsen) stellt einen GO Antrag auf Schluss der Rednerliste. Es gibt keine Gegenrede.

Bob (Ludwig Nelhiebel, LV Bayern) das Bundeszentrum ist weit weg vom LV Bayern, aber irgendwann wird es ja genutzt werden. Daher macht er den Vorschlag bis zum nächsten Bundeslager zu zahlen und dann wird der Beitrag vom Bundeslager-Beitrag wieder abgezogen.

Cappy (Sebastian Kranz, LV NDS) erklärt, wenn jetzt 1,50 Euro pro Mitglied investiert wird, wird das den Beitrag die nächsten 6 Jahre stabiler halten und über die Dauer gespart.

Die Versammlungsleitung verliert den Antrag mit den eingefügten Änderungen:

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt das Küchenhaus im Zentrum Pfadfinden abzureißen und durch einen Neubau an gleicher Stelle zu ersetzen.
Zur deutlichen Reduzierung des Zinsaufwands wird ab dem Beitragsjahr 2024 der Jahresbeitrag pro Mitglied um 1,50 € erhöht. Der Halbjahresbeitrag wird entsprechend um 0,75 € pro Mitglied erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
68	16	6

Der Antrag wurde mit 68 Stimmen angenommen.

6.7 Antrag 10: Einheitliches Gendern

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, Satzung und Ordnungen des Bundesverbands einheitlich zu gendern. Dazu stellt er zur ersten Bundesversammlung 2024 entsprechende Anträge.

Freddy (Frederick Pitz, LV Sachsen) begründet den vorliegenden Antrag.

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
77	0	10

Der Antrag wurde mit 77 Stimmen angenommen.

Feststellen der Beschlussfähigkeit:

Landesverband	Anwesende Delegierte	Mögliche Delegierte
Baden-Württemberg (BaWü)	9	9
Bayern	14	16
Berlin/Brandenburg (BBB)	7	7
Bremen	1	1
Hessen	9	14
Niedersachsen (NDS)	15	16
Nordrhein-Westfalen (NRW)	9	10
Rheinland-Pfalz/Saar (RPS)	10	10
Sachsen	3	3
Schleswig-Holstein/Hamburg (SHHH)	6	6
Thüringen	0	1
Bundesvorstand	4	4
Summe	87	97

Die Versammlung ist mit 87 von 97 möglichen Stimmen beschlussfähig.

6.2 Antrag 05: Einbeziehung aller Geschlechter

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundessatzung wird in § 11 Absatz 2 und § 12 Absatz 2 wie folgt geändert: In § 11 Absatz 2 wird der Satz „Die männlichen und weiblichen Mitglieder des Vereins müssen im Bundesvorstand repräsentiert sein.“ durch „Im Bundesvorstand müssen verschiedene Geschlechter repräsentiert sein.“ ersetzt. In § 12 Absatz 2 wird der Satz „Die männlichen und weiblichen Mitglieder müssen im Landesvorstand repräsentiert sein.“ durch „Im Landesvorstand müssen verschiedene Geschlechter repräsentiert sein.“ ersetzt.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) zieht den Antrag für beide Antragssteller zurück.

6.1 Antrag 01: Stellvertretende Landesschatzmeister/innen

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Landesversammlung wird es ermöglicht, ein oder mehrere stellvertretende Landesschatzmeister/innen zu wählen. Dazu wird Satz 1 von § 12 Abs. 1 der Satzung geändert zu:
 Der Landesvorstand besteht – hinsichtlich der Zahl der Vorsitzenden und Stellvertreter/-innen nach Beschluss der Landesversammlung – aus
 - einer/einem oder zwei Landesvorsitzenden,
 - einer/einem oder mehreren stellvertretenden Landesvorsitzenden,
 - einer/einem Landesschatzmeister/in,

- optional einer/einem oder mehreren stellvertretenden Landesschatzmeister/innen.

Käferchen (Karolin Stephan, LV Sachsen) begründet den Antrag.

Es gibt keine Verständnisfragen zu dem Antrag und es folgt die Aussprache zum Antrag.

Vale (Valentin Waldthausen, LV BaWü) merkt an, dass Landessatzungen mit der Bundessatzung nicht konkurrieren dürfen und möchte wissen, wie das mit Landesverbänden ist, die das noch nicht in der Landessatzung geändert haben.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) antwortet, dass es keine Erfahrungswerte gibt. Wahrscheinlich hat es keine großen Auswirkungen, doch der Bundesvorstand wird das überprüfen.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) möchte zu bedenken geben, dass in der Bayrischen Satzung die Vorstände vertretungsberechtigt sind. Wenn es eine stellv. Landesschatzmeister*in gibt sind diese gegenseitig vertretungsberechtigt, ohne dass der Vorstand einbezogen wäre. Dies öffnet ggf. die Tür Gelder unsachgemäß auszugeben.

Käferchen (Karolin Stephan, LV Sachsen) äußert, dass es im LV Sachsen keine Landesgeschäftsstelle gibt. Alles macht der Schatzmeister allein, daher ist zweite Stelle wichtig. Es ist eine Kann-Bestimmung.

Lexi (Felix Wilke, LV BaWü) hat eine Anmerkung zu konkurrierenden Satzungsfrage. Er sieht eine Konkurrenz der Satzungen, wenn die Landessatzung es ausschließt und die Bundessatzung es ermöglicht. Er stimmt den Bedenken des Missbrauchs von Geldern zu. Für den LV Sachsen schlägt er vor die Kassenaufgaben anders zu verteilen z.B. unter den anderen Mitgliedern Landesvorstandes. Man könnte auch einen Landesbeauftragten für Kassenwesen implementieren.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) fragt, wieso es eine Tür für Missbrauch öffnen soll, die es aktuell noch nicht gibt. Zum aktuellen Zeitpunkt könnten ebenfalls Gelder von anderen Beteiligten in Vertretung veruntreut werden. Sie befürwortet den Antrag.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) klärt auf, dass man sich immer weiter in der Landessatzung einschränken kann, aber man kann nichts hinzufügen, was nicht in der Bundessatzung steht. Man kann die Aufgabe auch als Stellvertreter wahrnehmen, der komplette Vorstand sollte sich mit den Finanzen auskennen.

Katze (Tim Schweizerhof, LV Hessen) unterstützt den Antrag. Es macht den Job attraktiver nicht alleine gelassen zu werden. Es ermöglicht zusätzlich eine leichtere Vertretungssituation. Veruntreuung kann auch zum aktuellen Zeitpunkt stattfinden. Es wäre schön, wenn die Landesverbände die Option auf eine Vertretung bekommen.

Adrian Friedrich (LV NDS) hätte die Idee, um Missbrauchsmöglichkeiten geringer zu halten, dass das 4-Augenprinzip nur mit anderen Personen aus Vorstand gemacht werden kann oder die Position des*der stellvertretenden Landesschatzmeister*in ggf. weiter zu beschränken.

Katze (Tim Schweizerhof, LV Hessen) merkt an, wenn sich ein Landesverband dazu entscheidet einen Stellvertreter zu berufen, sollte diesen Personen das auch zugetraut werden. Die Autonomie sollte bei den Landesverbänden liegen.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) wollte drauf hinweisen, dass wir um Begrifflichkeiten reden. Auch jetzt schon können sich stellvertretende Vorsitzende mit Finanzen beschäftigen, es gibt keine Vorschriften.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) stellt die Frage, wenn der Antrag beschlossen wird, wie der Prozess wäre festzustellen, ob der Landesvorstand eine*n stellvertretende*n Schatzmeister*in haben möchte oder nicht.

Käferchen (Karolin Stephan, LV Sachsen) antwortet, wenn es den Beschluss gibt, dies über die Landesversammlungen in die Landesverbände getragen werden würde.

Nüvi (Jan Westerhoff, LV NDS) schließt sich Käferchen an. Was ein Landesverband umsetzt, ist Sache der Satzung des Landesverbands. Die Regelungen wie der Vorstand zusammengesetzt wird, ist Sache der Landesverbände.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
71	3	13

Der Antrag wurde mit 71 Stimmen angenommen.

6.3 Antrag 04: Korrekturen

Die Bundesversammlung möge beschließen:

In der Bundessatzung werden die in der Synopse aufgeführten grammatischen Korrekturen ohne inhaltliche Veränderungen vorgenommen.
 Sofern bei der 51. Bundesversammlung keine anderen Satzungsänderungen beschlossen werden, kann die Eintragung der Korrekturen zunächst zurückgestellt und zusammen mit der nächsten Eintragung einer Satzungsänderung vorgenommen werden:

Synopsis	
Alt	Neu
<p>§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft (2) Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt, wenn das Mitglied – den Vereinsinteressen zuwiderhandelt oder das Ansehen des Vereins schädigt, insbesondere durch Verletzung des Grundsatzes der politischen oder religiösen Toleranz; – im Falle der Mitgliedschaft oder Mitarbeit in einer Partei oder Vereinigung, die Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, Rassismus, Nationalismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden verbreitet. Über den Ausschluss eines Vereinsmitgliedes entscheidet der Bundesvorstand nach der von der Bundesversammlung erlassenen Ausschlussordnung.</p>	<p>§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft (2) Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt, wenn das Mitglied – den Vereinsinteressen zuwiderhandelt oder das Ansehen des Vereins schädigt, insbesondere durch Verletzung des Grundsatzes der politischen oder religiösen Toleranz; – Mitglied ist oder mitarbeitet in einer Partei oder Vereinigung, die Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, Rassismus, Nationalismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden verbreitet. Über den Ausschluss eines Vereinsmitgliedes entscheidet der Bundesvorstand nach der von der Bundesversammlung erlassenen Ausschlussordnung.</p>
<p>§ 7 Bundesversammlung (6) Ist dies nicht der Fall, so hat der Bundesvorstand die Bundesversammlung die Bundesversammlung innerhalb eines Monats, frühestens nach einer Woche mit gleicher Tagesordnung nochmals einzuberufen. Diese ist unabhängig von § 7, Absatz 5, beschlussfähig; darauf ist in der Einladung hinzuweisen.</p>	<p>§ 7 Bundesversammlung (6) Ist dies nicht der Fall, so hat der Bundesvorstand die Bundesversammlung innerhalb eines Monats, frühestens nach einer Woche mit gleicher Tagesordnung nochmals einzuberufen. Diese ist unabhängig von § 7, Absatz 5, beschlussfähig; darauf ist in der Einladung hinzuweisen.</p>
<p>§ 7 Bundesversammlung (8) Die Bundesversammlung entscheidet grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. 2/3 der abgegebenen Stimmen sind erforderlich – zur Änderung der Satzung, – zur Änderungen der satzungsgemäßen Ordnungen, – zur Auflösung des Vereins, – zur Abwahl von Bundesvorstandsmitgliedern, – zur Zulassung zur Behandlung eines zu spät eingereichten Bundesversammlungsantrages.</p>	<p>§ 7 Bundesversammlung (8) Die Bundesversammlung entscheidet grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. 2/3 der abgegebenen Stimmen sind erforderlich – zur Änderung der Satzung, – zu Änderungen der satzungsgemäßen Ordnungen, – zur Auflösung des Vereins, – zur Abwahl von Bundesvorstandsmitgliedern, – zur Zulassung zur Behandlung eines zu spät eingereichten Bundesversammlungsantrages.</p>
<p>§ 9 Landesversammlung (6) Im übrigen gilt § 7, Absatz 4-6 und 9 entsprechend</p>	<p>§ 9 Landesversammlung (6) Im übrigen gilt § 7, Absatz 4-6 und 9 entsprechend.</p>
<p>§ 12 Der Landesvorstand, die Landesbeauftragten (6) Der Landesvorstand führt die Geschäfte des Landesverbandes. Zur Vertretung des Landesverbandes</p>	<p>§ 12 Der Landesvorstand, die Landesbeauftragten (6) Der Landesvorstand führt die Geschäfte des Landesverbandes. Zur Vertretung des Landesverbandes</p>

im Sinne des § 26 BGB sind jeweils zwei Vorstandsmitglieder gemäß § 12 Abs. 1 gemeinsam berechtigt.	im Sinne des § 26 BGB sind jeweils zwei Vorstandsmitglieder gemäß § 12 Abs. 1 gemeinsam berechtigt.
<p>§ 14 Satzungen von Untergliederungen</p> <p>(3) Gründen Untergliederungen des Vereins Rechtsträgervereine, so muss dem Vorstand des Rechtsträgervereins mindestens ein gewähltes Vorstandsmitglied oder eine/ein Beauftragte/r des gewählten Vorstandes der Untergliederung angehören. Die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder des Rechtsträgervereins muss der Untergliederung angehören. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes der Untergliederung müssen dem Rechtsträgerverein beitreten; dazu muss dieser ihnen in seiner Satzung ein recht zum Eintritt gewähren.</p>	<p>§ 14 Satzungen von Untergliederungen</p> <p>(3) Gründen Untergliederungen des Vereins Rechtsträgervereine, so muss dem Vorstand des Rechtsträgervereins mindestens ein gewähltes Vorstandsmitglied oder eine/ein Beauftragte/r des gewählten Vorstandes der Untergliederung angehören. Die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder des Rechtsträgervereins muss der Untergliederung angehören. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes der Untergliederung müssen dem Rechtsträgerverein beitreten; dazu muss dieser ihnen in seiner Satzung ein Recht zum Eintritt gewähren.</p>

Zu diesem Antrag liegt bereits ein Änderungsantrag von Tetis (Nils Karsten, LV NRW) vor.

Änderungsantrag 04-Ä01: Korrekturen

Zeile 8 - 22

~~§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft~~

~~(2) Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt, wenn das Mitglied~~

~~– den Vereinsinteressen zuwiderhandelt oder das Ansehen des Vereins schädigt, insbesondere durch Verletzung des Grundsatzes der politischen oder religiösen Toleranz;~~

~~– Mitglied ist oder mitarbeitet in einer Partei oder Vereinigung, die Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, Rassismus, Nationalismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden verbreitet.~~

~~Über den Ausschluss eines Vereinsmitgliedes entscheidet der Bundesvorstand nach der von der Bundesversammlung erlassenen Ausschlussordnung.~~

~~§ 7 Bundesversammlung~~

~~(6) Ist dies nicht der Fall, so hat der Bundesvorstand die Bundesversammlung innerhalb eines Monats, frühestens nach einer Woche mit gleicher Tagesordnung nochmals einzuberufen. Diese ist unabhängig von § 7, Absatz 5, beschlussfähig; darauf ist in der Einladung hinzuweisen.~~

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

(2) Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt, wenn das Mitglied

– den Vereinsinteressen zuwiderhandelt oder das Ansehen des Vereins schädigt, insbesondere durch Verletzung des Grundsatzes der politischen oder religiösen Toleranz;

– in einer Partei oder Vereinigung, die Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, Rassismus, Nationalismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden verbreitet, Mitglied ist oder mitarbeitet.

Über den Ausschluss eines Vereinsmitgliedes entscheidet der Bundesvorstand nach der von der Bundesversammlung erlassenen Ausschlussordnung.

§ 7 Bundesversammlung

(6) Ist dies nicht der Fall, so hat der Bundesvorstand die Bundesversammlung innerhalb eines Monats, frühestens nach einer Woche mit gleicher Tagesordnung nochmals einzuberufen. Diese ist unabhängig von § 7 Abs. 5 beschlussfähig; darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

Zeile 23 - 33

§ 7 Bundesversammlung

(8) Die Bundesversammlung entscheidet grundsätzlich mit einfacher Mehrheit.

2/3 der abgegebenen Stimmen sind erforderlich

– zur Änderung der Satzung,

– zu Änderungen der satzungsgemäßen Ordnungen,

– zur Auflösung des Vereins,

– zur Abwahl von Bundesvorstandsmitgliedern,

– zur Zulassung zur Behandlung eines zu spät eingereichten Bundesversammlungsantrages.

§ 9 Landesversammlung

(6) Im ~~übrigen gilt § 7, Absatz~~ **Übrigen** gelten § 7 Abs. 4–6 und 9 entsprechend.

§ 12 Der Landesvorstand, die Landesbeauftragten

(6) Der Landesvorstand führt die Geschäfte des Landesverbandes. Zur Vertretung des Landesverbandes im Sinne des § 26 BGB sind jeweils zwei Vorstandsmitglieder gemäß § 12 Abs. 1 gemeinsam berechtigt.

§ 14 Satzungen von Untergliederungen

(3) Gründen Untergliederungen des Vereins Rechtsträgervereine, so muss dem Vorstand des Rechtsträgervereins mindestens ein gewähltes Vorstandsmitglied oder eine/ein Beauftragte/r des gewählten Vorstandes der Untergliederung angehören. Die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder des Rechtsträgervereins muss der Untergliederung angehören. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes der Untergliederung müssen dem Rechtsträgerverein beitreten; dazu muss dieser ihnen in seiner Satzung ein Recht zum Eintritt gewähren.

Tetis (Nils Karsten, LV NRW) stellt den Änderungsantrag vor. Die Änderungen des Antrages sind rein grammatisch und beziehen sich auf die Zitierweise.

Michelle Büttner (LV RPS) ergänzt, dass man „im Übrigen“ großschreibt.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) ergänzt einen weiteren grammatischen Hinweis „... Im Übrigen „gelten“ die Absätze 4 bis 6 und 9 entsprechend...“ anstatt „gilt“.

Levi und Michelle werden von der Versammlungsleitung gefragt, ob sie Änderungsanträge stellen wollen und verneinen dies.

Der Änderungsantrag 04-Ä01 von Tetis (Nils Karsten, LV NRW), sowie die vorgeschlagenen Änderungen von Levi und Michelle werden von den Antragstellenden übernommen.

Die Aussprache zum geänderten Antrag 04 wird eröffnet.

Fe (Felix Dotterweich, LV Sachsen) erklärt, dass es ausschließlich ein grammatikalischer Änderungsantrag ist. Der LV Sachsen würde sich freuen, wenn der Antrag angenommen wird.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
83	0	0

Der Antrag wurde mit 83 Stimmen angenommen.

Nando Heinz (LV Hessen) stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf eine 5-minütige Unterbrechung der Versammlung.

Fe (Felix Dotterweich, LV Sachsen) stellt eine Gegenrede auf eine 10-minütige Pause

Abstimmungsergebnis auf GO-Antrag:

Ja	Nein	Enthaltung
1	83	0

Der GO- Antrag wurde abgelehnt.

TOP 8 Großveranstaltungen

Rover Way 2024

Die Kontingentsleitung des Roverway hat einen Werbeclip vorbereitet und steht für Fragen bereit. Das Rover Way wird 2024 in Norwegen stattfinden. Die Kosten betragen pro Teilnehmer ca. 1000 – 1500 Euro. Genauere Informationen gibt es auf roverway.de

Bundeslager 2026

Pasti (Pascal Schröder, Bundeslagerleitung) stellt den bisherigen Planungsstand zum Bundeslager 2026 mithilfe einer Präsentation* vor. Das Lager wird vom 31.07. bis zum 09.08.2026 in Immenhausen stattfinden. Das nächste Vorbereitungstreffen wird vom 26. bis zum 28.04.2024 stattfinden.

World Scout Jamboree 2023

Steini (Gernot Knittel, Kontingentsleitung WSJ) berichtet vom Planungsstand zum Jamboree 2023. In 33 Tagen geht es für 1.700 Teilnehmende aus Deutschland los. Steini hat einen Film vom Kontingentslager in Immenhausen mitgebracht. Logistisch ist es eine große Herausforderung, zusätzlich zum Jamboree ein halbes Bundeslager als Kontingentslager zu organisieren. Die Leitungen haben in den letzten Monaten rund 15 Stunden pro Woche ehrenamtlich gearbeitet.

Bundesfahrt 2023

Gandalf (Hendrik Wiechers, BuFa-Leitung) gibt einen Überblick über die Anmeldungen der BuFa. Es gibt rund 910 TN aus 130 Fahrtengruppen sowie 1 Gruppe Ukrainer*innen die deutschlandweit verstreut sind. Das Verpflegungsteam hat viel von lokalen schwedischen Bauern organisiert. Programm wird cool und auch das Fahrtengebiet ist großartig.

TOP 6 Abstimmung über vorliegende Anträge (Fortsetzung)

6.8 Antrag 02: fleischfreie Bundesaktionen

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Auf Veranstaltungen, die über den Bundesverband abgerechnet oder bezuschusst werden, kann nur fleischfreie Verpflegung abgerechnet werden.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) erklärt den Antrag. Bundesaktionen gibt es nicht so viele und viele Teilnehmende gibt es auch nicht immer. Ziel des Antrags ist, da bereits viele Landesaktionen fleischfrei stattfinden, dass auch Bundesaktionen fleischfrei werden. Der Mehraufwand hält sich in Grenzen, es verändert nicht viel.

Leon Matella (Bundesbeauftragter) fragt nach der Definition von Fleisch, ob es z.B. Gummibärchen einschließt.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) verneint die Frage, es geht um Fleisch von Schwein, Rind, Geflügel, Fisch etc.

Katze (Tim Schweizerhof, LV Hessen) fragt, ob sich das auf KJP geförderte Internationale Maßnahmen auswirkt.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) verneint die Frage. KJP Mittel sind Bundesmittel die weitergeleitet werden.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) fragt, was mit dem Änderungsantrag von mitreden.pfadfinden.de ist.

James (Christian Wolf, LV BaWü) möchte wissen, ob das auch für ein Stammes-Spanferkel gilt.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) antwortet, er könne dies Drehen und essen, soviel er möchte.

Julius Gruppe (LV Hessen) bittet um Erklärung, wozu der Antrag benötigt wird, da dies schon gängige Praxis ist.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) erwidert, dass es gelebte Praxis ist und nur glattgezogen werden soll.

Marina Pyko (LV Hessen) erklärt, dass Stämme dann keine fleischfreie Ernährung abrechnen können.

Freddy (Frederik Pitz, LV Sachsen) stellt einen GO Antrag auf sofortige Abstimmung.

Gegenrede von Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW) das dies ein undemokratisches Mittel ist.

Abstimmungsergebnis des GO-Antrag:

Ja	Nein	Enthaltung
36	41	15

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Michelle Büttner (LV RPS) möchte den Antrag nicht annehmen da die Erfahrung aus dem Bundeslager zeigt, dass dies zu vielen Diskussionen mit Fleischessern führt und das Leben damit schwerer macht.

Marie Viehmann (LV Bayern) meint, dass der LV Bayern an sich für fleischfreie Aktionen ist, aber es kann trotzdem Fleisch verbraucht werden. Es geht ja nur um die Abrechnung, das vertritt nicht das, wofür es eigentlich stehen soll.

Marina Pyko (LV Hessen) schließt sich Michelle an. Es gibt im BdP eine Ernährungscharta. Der Antrag spiegelt eine akademische Denkweise wider. In einem Brennpunkt-Viertel bspw. wird Fleischfreiheit verachtet. Das kann mitunter Neumitglieder abschrecken.

Pia Schmidhuber (LV Bayern) findet es gut, dass der Antrag jetzt kommt, da noch viel Zeit bis zum Bundeslager ist. Sie sieht viel Konfliktpotenzial. Es können daher noch 3 Jahre Aufklärungsarbeit geleistet werden. Sie kommen häufig an dem Thema vorbei und gute Kompromisse sind jetzt möglich zu finden und nicht erst kurz vor dem Bundeslager. Sie plädiert dafür, den Antrag anzunehmen.

Adrian Friedrich (LV NDS) bezieht sich auf den Änderungsantrag. Dieser sei sinnlos, wie er formuliert ist. Fleisch wäre dennoch möglich. Ein Verbot von Fleischkonsum ist nicht umsetzbar.

Es wird ein Änderungsantrag von Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) eingereicht.

Änderungsantrag 02-Ä01:

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Auf Veranstaltungen, die über den Bundesverband abgerechnet oder bezuschusst werden, ~~kann nur~~ wird seitens der Veranstaltungsleitung ausschließlich fleischfreie Verpflegung ~~abgerechnet werden an-~~ geboten.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) begründet den Antrag.

Gizem Pamuk (LV BBB) regt an, dass anstatt fleischfrei „ausschließlich“ fleischfrei angeboten werden sollte.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) nimmt die Änderung auf (bereits in Antragstext oben übernommen).

Umberto Albano (LV NDS) bemerkt, dass der Änderungsantrag den gleichen Inhalt wie Ursprungsantrag hat. Bei Veranstaltungen kann alles, was man anbietet, abgerechnet werden. Es wird schwierig, rein fleischfrei anzubieten und es wird Konflikte geben.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) schließt sich dem Vorredner an. Er regt an, fleischfrei durch vegetarisch zu ersetzen.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) sei gezielt bei fleischfrei geblieben, da sie Diskussionen, was vegetarisch ist, umgehen wollte.

Pasch (Anton Fitz, LV Bayern) erklärt, man muss nicht auf Fleischesser zugehen.

Torben Pötter (LV RPS) stellt für die Delegation die Frage, ob es den Antrag braucht, da es schon gelebte Praxis ist. Der Antrag erscheint wie eine Selbstdarstellung, daher wird der LV RPS dagegen stimmen.

Jakob Schäffler (LV Bayern) findet es ok, wenn Antrag gestellt wird, da es gelebte Praxis ist.

Gizem Pamuk (LV BBB) meint, es geht nicht nur um das Bundeslager, sondern z.B. schon für die Bundesfahrt in einem Monat. Sie findet den Antrag als Argumentationshilfe für fleischfreie Ernährung auf der Bundesfahrt wichtig.

Ein Geschäftsordnungsantrag auf Schließung auf Rednerliste wird von Demian Botros (LV Hessen) gestellt. Es gibt keine Gegenrede.

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag 02-Ä01:

Ja	Nein	Enthaltung
44	33	12

Der Änderungsantrag wurde mit 44 Stimmen angenommen.

Demian Botros (LV Hessen) erklärt, dass es auch ohne Antrag im Landesverband gut gelebte Praxis ist. Er spricht sich dafür aus, die Ernährungscharta weiter zu verbreiten und ein Bewusstsein zu schaffen. Daher ist er gegen den Antrag.

Bexx (Rebecca Kaufmann, LV Hessen) stimmt Demian zu und ergänzt, dass der Antrag den Konflikt weiter verschärft.

Bea (Beatrice Hanusch, LV BaWü) stellt einen GO auf Schließung der Redeliste.

Unbegründete Gegenrede von Tetis (Nils Karsten, LV NRW).

Abstimmungsergebnis über den GO:

Ja	Nein	Enthaltung
44	13	20

Damit ist der GO nicht angenommen.

Adrian Friedrich (LV NDS) erklärt, es ist eine akademische Debatte, aber die Auswirkung der Klimakrise geht uns alle an. Wir vertreten Jugendliche unter 18 Jahren, die in der Politik nicht vertreten sind, daher sind wir verantwortlich, einzugreifen und hier ist die Möglichkeit gegeben, gehört zu werden.

Über den geänderten Antrag 02 wird in folgender Form abgestimmt:

Auf Veranstaltungen, die über den Bundesverband abgerechnet oder bezuschusst werden, wird seitens der Veranstaltungsleitung ausschließlich fleischfreie Verpflegung angeboten.
--

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
48	34	11

Der Antrag wurde mit 48 Stimmen angenommen.

6.10 Antrag 09: Alkoholkodex

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert bis zur Bundesversammlung 2024, für Veranstaltungen des Bundes einen Alkoholkodex zu schaffen, der das Wohl der Pfadfinderstufe und aller Teilnehmenden unter 16 Jahren in den Vordergrund stellt. Der Bundesvorstand und Organisatoren von Veranstaltungen werden aufgefordert diesen auf Veranstaltungen des Bundes umzusetzen.

Socket (Bente Groß-Albenhausen, LV NRW), Tetis (Nils Karsten, LV NRW) und Schlaubi (Carina Jüschke, LV NRW) stellen den Antrag 09 Alkoholkodex vor und zeigen den Verhaltenskodex ihres Landesverbands. Ein durch die Antragssteller gestellter Änderungsantrag wurde durch diese bereits angenommen.

Es gibt einen Änderungsantrag von Umberto Albano (LV NDS):

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, für Veranstaltungen des Bundes einen Alkoholkodex zu schaffen, der das Wohl der Pfadfinderstufe und aller Teilnehmenden unter 16 Jahren in den Vordergrund stellt. Der Bundesvorstand und Organisatoren von Veranstaltungen legt diesen bei nächster Gelegenheit der Bundesversammlung zum Beschluss vor. Im Fall der Annahme werden der Bundesvorstand und Organisatoren von Veranstaltungen aufgefordert diesen auf Veranstaltungen des Bundes umzusetzen.

Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW) schlägt vor, den Antrag bis 2024 zu überarbeiten und ihn dann fertig zu präsentieren.

Tetis (Nils Karsten, LV NRW) erläutert, dass die Entscheidung des Ablaufs dem Bundesvorstand unterliegen soll.

Marina Pyko (LV Hessen) befürwortet, dass es einen Alkoholkodex geben soll. Sie schlägt vor diesen gemeinsam auf dem Bund-Land-Treffen zu entwickeln.

Levi (Nikolai Lalovic, LV BaWü) möchte auch, dass es beim BLT besprochen werden soll.

Alexander Schmidt (Bundesvorstand) schließt sich an und gibt zu bedenken, dass der Kodex eine intensive Zusammenarbeit mit den Landesverbänden bedarf. Im letzten Jahr haben sie positive Erfahrungen in der gemeinsamen Entwicklung von Inhalten gemacht. Es ist noch nicht absehbar wie spezifisch der Kodex ausfallen kann unter Berücksichtigung aller Besonderheiten der jeweiligen LVs. Es wird bis zur nächsten BV ein Entwurf vorliegen. Die Bundesleitung ist aber darauf angewiesen von den LVs zugearbeitet zu bekommen.

Lukas Bauer (LV Bayern) greift die Aussage von Alexander auf und bittet den letzten Satz abzuändern. Möchte, dass es eher ein Bericht wird und als Vorbild für die Länder dient.

Umberto Albano (LV NDS) fragt was ein BLT ist und was das Vorgehen bedeutet.

Ann-Katrin Rückel (Versammlungsleitung) erklärt, dass das BLT die Abkürzung für Bund Land Treffen ist. Hier tauschen sich neben den Bundes- und Landesvorständen auch die Stufen aus. Die Bundesebene soll sich mit der Landesebene absprechen und gemeinsam an Konzepten arbeiten

Umberto Albano (LV NDS) zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Umberto Albano (LV NDS) und Cäcilie Hoff (LV BBB) stellen ihren Änderungsantrag 09-Ä03 vor:

~~Der Bundesvorstand wird aufgefordert, für Veranstaltungen des Bundes einen Alkoholkodex zu schaffen, der das Wohl der Pfadfinderstufe und aller Teilnehmenden unter 16 Jahren in den Vordergrund stellt. Der Bundesvorstand und Organisatoren von Veranstaltungen werden aufgefordert diesen~~ Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, die Erarbeitung eines Alkoholkodex für Veranstaltungen auf ~~Veranstaltungen des Bundes~~ ~~Umzusetzen~~ Bundesebene und als Orientierung für eigene Konzepte der Landesverbände zu initiieren.

Dabei steht das Wohl von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund. Auf der Bundesversammlung 2024 wird über den Stand der Erarbeitung berichtet und ggf. über einen entstandenen Alkoholkodex abgestimmt.

Michelle Büttner (LV RPS) fragt, ob der Original- oder der Änderungsantrag abgestimmt wird und ob man diese nicht zusammen abstimmen könnte.

Ann-Katrin Rückel (Versammlungsleitung) erklärt, dass der Änderungsantrag zuerst abgestimmt wird, um festzustellen, ob der Ursprungsantrag beibehalten oder verändert wird.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) ergänzt, dass ein gegenseitiges Abstimmen der Änderungsanträge nur bei zwei gleichzeitig gestellten Änderungsanträgen stattfinden kann.

Die Antragssteller*innen übernehmen den Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
84	3	1

Der Antrag wurde mit 84 Stimmen angenommen.

6.11 Antrag 13: Regelung alkoholfreier Cafézeiten auf dem Bundeslager 2026

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Auf dem Bundeslager 2026 soll zu 50% der Abende, an denen die Cafés geöffnet sind, mind. 50% der Cafés ein rein alkoholfreies Angebot bis mindestens. 00:00 Uhr stellen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Stattdessen wird ein Dringlichkeitsantrag zur Konzeption zur Regelung alkoholfreier Abende auf dem Bundeslager 2026 eingereicht.

6.16 Antrag 17: Konzept zur Regelung alkoholfreier Abende auf dem Bundeslager 2026

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundeslagerleitung soll bis zur BV 2025 ein Konzept entwickeln, welches die Möglichkeit von alkoholfreien Cafezeiten und Angeboten in den Cafés auf dem BuLa2026 in den Vordergrund stellt.

Aus dem Konzept soll klar hervorgehen:

- Alkoholbeinhaltende Angebote stehen nicht im Vordergrund
- Alkoholfreie Angebote müssen attraktiv gestaltet sein
- Alkoholfreie Angebote müssen täglich verfügbar sein

Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW) und Socke (Bente Groß-Albenhausen, LV NRW) stellen den Dringlichkeitsantrag vor und begründen diesen.

Tim Elsner (LV Hessen) möchte seine persönliche Betroffenheit über die Vorgehensweise äußern, einen Antrag zu dem zwei Änderungsanträge vorliegen zurückzuziehen und einen weitreichenderen Antrag als Dringlichkeitsantrag einzureichen.

Es gibt einen GO von Lukas Bauer (LV Bayern) über sofortige Abstimmung der Dringlichkeit.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
27	49	15

Der Antrag wurde als nicht dringlich abgelehnt, da keine Zweidrittelmehrheit vorliegt.

TOP 5 Finanzen Teil 2

5.5 Vorstellung aktualisierter Wirtschaftsplan 2023 und Wirtschaftsplan 2024

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) stellt den Wirtschaftsplan 2023 und 2024* vor.

Im Jahr 2023 gibt es noch keine Änderung des Mitgliedsbeitrages. Es ist von einem Jahresabschluss gegen 0 auszugehen. Die Einnahmen konnten durch die KJP Mittel und Mitgliedsbeiträge gut kalkuliert und Aktionen so geplant werden.

Für 2024 ist noch ein leichter Überschuss eingerechnet, bei dem geschaut wird, wie Kurse etc. unterstützt werden können. Es ist auch für 2024 zu erwarten, dass der Jahresabschluss ungefähr bei 0 liegt.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) verweist auf den Geschäftsbericht* und den Wirtschaftsplan* für eine umfassendere Darstellung.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) fragt, ob 61.000 Euro Jahresüberschuss für 2024 geplant ist und ob man damit nicht die Sondertilgung bewerkstelligen könnte.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass erst 2024 mit der Sondertilgung begonnen wird und diese schon eingerechnet ist. Die Tilgung beginnt erst zu diesem Zeitpunkt und die Planung der Mittel ist noch nicht abgeschlossen.

Fabi (Fabian Börner, LV Bayern) möchte wissen, wie viele Rückstellungen in 2023 aufgelöst werden sollen.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) antwortet, dass Rückstellungen erstmal weiter Fortbestand haben.

Umberto Albano (LV NDS) fragt nach, wie Ressourcen für die Wachstumsarbeit abgebildet werden.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass dies an zwei Kostenstellen abgebildet ist, einmal bei der Öffentlichkeitsarbeit und einmal bei sonstigen Eigenveranstaltungen. Die BWA muss überarbeitet werden, damit die Auswertungen sinnvoller gestaltet werden können.

Robin Groß (LV NDS) ist verwirrt über die Darstellung von 2023. Es gibt 1.393.000 Euro auf der Einnahmendarstellung und 1.886.000 Euro auf der Ausgabendarstellung und fragt, ob sich daraus nicht +5 anstelle von -5 ergeben sollte.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) gibt die Ungenauigkeit zu und entschuldigt sich.

Tim Elsner (LV Hessen) bemerkt, dass die falsche Spalte vorgelesen wurde, da die drei Anträge über die Beiträge angenommen wurden.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) fragt, ob er die Folie noch einmal glattziehen darf, bevor es zu weiterer Verwirrung sorgt, schlägt wegen der Verwirrung vor, seine Darstellung zu prüfen und später erneut darzustellen, um darüber abzustimmen.

TOP 13 Aussprache und Beschluss über Ausschluss eines Mitglieds aus dem BdP

Ann-Kathrin Rückel (Versammlungsleitung) benennt noch einmal die Dringlichkeit des Punktes 13 in der Tagesordnung (Ausschluss eines Mitglieds aus dem BdP).

Lukas Bauer (LV Bayern) stellt den Geschäftsordnungsantrag die Öffentlichkeit für den Ausschluss eines Mitgliedes auszuschließen, mit Ausnahme der Geschäftsführung, die dem Antrag beiwohnen sollte.

Ann-Kathrin Rückel (Versammlungsleitung) erklärt, der Ausschluss der Öffentlichkeit bedeutet, dass Personen, die kein Stimmrecht haben den Raum verlassen müssen. Versammlungsleitung und die Protokollführer bleiben anwesend, um ihr Amt wahrnehmen zu können.

Der Geschäftsordnungsantrag von Lukas Bauer (LV Bayern) wird zurückgezogen.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) stellt einen Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit, sodass auch Personen, die kein Stimmrecht haben anwesend sein können. Zusätzlich zu den Delegierten sollen anwesend sein Guschl (Sebastian Königeter, LV BaWü) für die Technik, der Landesvorstand des LV BaWü, die Bundesleitung, Protokollführung und Versammlungsleitung sowie der Bundesvorstand.

Keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

TOP 5 Finanzen Teil 2 (Fortsetzung)

5.6 Abstimmung aktualisierter Wirtschaftsplan 2023 und Wirtschaftsplan 2024

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) entschuldigt sich für die Verwirrung und stellt den Wirtschaftsplan erneut vor.

Im Jahr 2023 durch Rückstellungen und 2024 durch die Erhöhung der Beiträge und der Referent*innen Stelle, sollte das Jahresergebnis leicht positiv sein.

Gleiches wird beim Zentrum Pfadfinden gesehen, dass beide Jahre ein Ergebnis ungefähr bei 0 haben. 2024 sind auch schon die Sondertilgungen abgebildet.

Tim Elsner (LV Hessen) stellt eine formale Frage, dass der Geschäftsbericht und der Wirtschaftsplan Teil der Tagungsunterlagen sind. Diese sollen drei Wochen im Voraus den Delegierten zugehen. Der Geschäftsbericht kam leider erst am Freitagmorgen, sodass sich die Delegierten nicht umfassend vorbereiten konnten. Auf Bundesebene ist dieses Vorgehen zusätzlich eine Soll Bestimmung. Er fragt, wie damit verfahren wird, dass diese nicht rechtzeitig eingegangen sind.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass formell alle fristgerecht eingeladen wurden.

Ann-Kathrin Rückel (Versammlungsleitung) fragt Tim, ob er sich nicht richtig vorbereitet fühlt, über den Geschäftsbericht 2022 abzustimmen.

Tim Elsner (LV Hessen) fühlt sich nicht ausreichend vorbereitet. Er würde sich gerne mit anderen Schatzmeistern austauschen, um sicher abstimmen zu können und ein gutes Gefühl zu haben.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) erklärt, dass der Geschäftsbericht ausreichend durch die Gremien und die Revisoren geprüft wurde.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) stellt einen GO Antrag auf sofortige Abstimmung. Ansonsten schlägt er vor die Abstimmung auf morgen zu vertagen.

Gegenrede von Michelle Büttner (LV RPS), sie möchte sich dem Thema noch kurz widmen, gerade wenn Bedenken geäußert wurden.

Abstimmungsergebnis über den GO:

Ja	Nein	Enthaltung
22	32	34

Der GO wird mit 32 Stimmen abgelehnt.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) stellt einen GO und beantragt die Vertagung der Abstimmung des Geschäftsberichtes auf den folgenden Tag.

Robin Groß (LV NDS) stellt dar, dass man sich 30 Minuten beraten könnte (bis zum Abendessen), um mit dem Zeitplan nicht noch weiter in Verzug zu geraten.

Abstimmung der Vertagung auf Sonntag:

Ja	Nein	Enthaltung
29	20	38

Der Geschäftsordnungsantrag wurde somit angenommen. Die Abstimmung wird auf Sonntag vertagt.

Hannes Stintat (Versammlungsleitung) holt ein Stimmungsbild zum weiteren Verlauf der Tagung ein. Das Stimmungsbild ist eindeutig, dass der Tagesordnungspunkt 6.15 noch besprochen werden soll.

Die Versammlung wird zum Abendessen in der Halle unterbrochen und Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) bittet aus jeder Delegation eine Person sich mit ihm zu treffen, damit Fragen zu dem verspäteten Geschäftsbericht geklärt werden können.

TOP 13 Aussprache und Beschluss über Ausschluss eines Mitglieds aus dem BdP (Fortsetzung)

Feststellen der Beschlussfähigkeit:

Landesverband	Anwesende Delegierte	Mögliche Delegierte
Baden-Württemberg (BaWü)	9	9
Bayern	15	16
Berlin/Brandenburg (BBB)	7	7
Bremen	1	1
Hessen	12	14
Niedersachsen (NDS)	16	16
Nordrhein-Westfalen (NRW)	10	10
Rheinland-Pfalz/Saar (RPS)	10	10
Sachsen	3	3
Schleswig-Holstein/Hamburg (SHHH)	6	6
Thüringen	0	1
Bundesausschuss	4	4
Summe	93	97

Die Versammlung ist mit 93 von 97 möglichen Stimmen beschlussfähig.

Abstimmungsergebnis über den Ausschluss:

Ja	Nein	Enthaltung
90	0	3

Die Bundesversammlung bestätigt den Ausschluss eines Mitglieds.

TOP 6 Abstimmung über vorliegende Anträge (Fortsetzung)

6.15 Antrag 15: Gemeinsames Wachstumsziel für den BdP

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der BdP möchte aktiv und strategisch wachsen.
 Bis zur BV 2030 wollen wir die Anzahl unserer Mitglieder in der Zielgruppe (6-25) um mindestens 6.500 steigern.
 Erstes Teilziel bis zur BV 2026 ist dabei die Stabilisierung der Stämme im gesamten BdP, unsere bestehenden Gruppen sollen gestärkt werden. Pfadfinden soll keine Belastung sein, sondern Kindern und Jugendlichen ermöglichen sich in ihren Stämmen entfalten zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, steht vor allem der Stammeskompass, die Ausbildung und die Unterstützung und Entlastung der Landesverbände durch den Bund sowie die bedürfnisorientierte Unterstützung der Stämme in den Landesverbänden durch die Landesvorstände und -leitungen im Fokus.
 In den Jahren 2026-2030 bemühen sich Bund und Länder zusätzlich darum gezielt und strategisch Stämme neu zu gründen. Wir wollen es möglichst vielen Kindern und Jugendlichen möglich machen Pfadfinden zu erleben.
 Dafür müssen zusätzliche Ressourcen gefunden und erschlossen werden und Bund und Länder in regelmäßigem Austausch stehen, um voneinander lernen zu können und Landesverbände, Stämme/Aufbaugruppen und Einzelpersonen nicht zu überfordern, sondern nachhaltig gemeinsam zu wachsen.
 Um diese gemeinsamen Ziele erreichen zu können tauschen sich Bund und Landesverbände jährlich aus, treffen Vereinbarungen über Erwartungen aneinander um realistische, konkrete Ziele vereinbaren zu können und das Erreichen ebendieser zu überprüfen. Die so getroffenen Zielvereinbarungen werden, beginnend im Herbst, 2023 im Rahmen des BLT formuliert und der Bundesversammlung als Bericht vorgelegt.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) stellt den Antrag vor. Der Wachstumsantrag wurde an mehreren Bund-Land-Treffen besprochen und liegt nach breiter Zustimmung im Vorfeld jetzt in der vorliegenden Form vor.

Levi (Nikola Laloviv, LV BaWü) möchte den Antrag verteidigen. Er war auf dem BLT und hat dort viel diskutiert. Der Antrag hat schöne Vorgaben, die gut erreicht werden können. Die Kommunikation auf dem BLT war gut und er plädiert für die gegenseitige Unterstützung.

Tim Elsner (LV Hessen) findet die Formulierung sehr gut gewählt und das Thema wurde im Vorfeld durch breite Partizipation sehr gut für die Bundesversammlung vorbereitet. Er plädiert diesen Antrag anzunehmen.

Cäcilie Hoff (LV BBB) ergänzt, dass der Antrag in der Delegation besprochen wurde und sie sind zuversichtlich, dass es gut wird. Sie dankt dem Bundesvorstand für die Arbeit, die da noch mal reingesteckt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
89	0	4

Der Antrag wurde mit 89 Stimmen angenommen.

6.9 Antrag 03: Eckiger Wolkopfaufnäher

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Aufnäher für die Wölflingsstufe wird künftig wieder in eckiger Form in der Bundeskämmerei zum Kauf angeboten.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) fragt nach, ob der Antrag Wolkopfsaufnäher zurückgezogen wurde.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) informiert darüber, dass der Antragssteller Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) nach Beratung den Antrag schriftlich beim Bundesvorstand zurückgezogen hat. Es wurde beim Ausrüster angerufen und in 6 Wochen wird es sowohl runde als auch eckige Wolfskopfaufnäher beim Ausrüster geben.

Forsa (Marco Nüchel, LV NRW) erklärt, dass der Antragssteller den Antrag zurückziehen kann. Sofern die Versammlung den Antrag jedoch behandeln möchte, kann sie das tun. Auf die Frage, ob jemand den Antrag behandeln möchte, gibt es keine Wortmeldungen.

Tim Elsner (LV Hessen) bitte um Erklärung, warum die Versammlung den Antrag 13 nicht einfach zurückziehen konnte und der Antrag 17 behandelt werden musste.

Forsa (Marco Nüchel, LV NRW) erklärt, dass zu dem Zeitpunkt leider vergessen wurde, darauf hinzuweisen. Da kein Einspruch auf den Rückzug erfolgte, wurde nicht darauf eingegangen.

Die Tagung wird für Samstag beendet und bis zum Sonntagmorgen unterbrochen.

Kay Mlasowsky (stv. Bundesvorsitzender) begrüßt die Delegierten und die Gäste der BV und bedankt sich bei Guschtl (Sebastian Königter, LV BaWü) und Nüvi (Jan Westerhoff, LV NDS) für die Technik. Außerdem bedankt er sich bei Bea Hanusch (LV BaWü) stellvertretend für den ausrichteten LV BaWü.

Ann-Katrin Rückel (Versammlungsleitung) gibt einen kurzen Überblick über den heutigen Zeitplan.

TOP 11 Aufarbeitung – Bericht zu Erkenntnissen des AK Echlot und der Studie des IPP

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erläutert, dass Bernhard Könnecke und Tinka Schubert vom IPP eine Präsentation halten und gibt Fredde (Friederike Walter, AK Aufarbeitung) das Wort.

Fredde (Friederike Walter, AK Aufarbeitung) begrüßt die Delegation und gibt einen kleinen Rückblick zu diesem Thema. Nun ist sie froh, dass es jetzt endlich erste Ergebnisse gibt. Im Anschluss stellt sie Empfehlungen des Arbeitskreises vor, wie es weitergehen kann.

Bernhard Könnecke (IPP) zeigt eine Präsentation*. Er gibt eine Einleitung für den folgenden Vortrag. Im Jahr 2021 ist das IPP zusätzlich beauftragt worden die Forschung gegen sexualisierte Gewalt mitzuverfolgen (von 1976 bis 2006).

Folgende Ergebnisse ergaben sich aus dem Aufruf:

Es haben sich insgesamt 69 Leute in dem letzten Jahr gemeldet. Davon sind 31 direkte Betroffene. Die restlichen Personen waren vor allem Zeitzeugen.

Es werden Schulungen zu Aufklärungen über das Thema im BdP gewünscht. Außerdem benötigt es eine externe Anlaufstelle. Es soll eine bessere Vernetzung und Transparenz stattfinden.

Das IPP listet strukturelle Defizite und vorläufige Befunde auf. Daraus werden diese Empfehlungen abgeleitet:

- Verbesserte Bedingungen für Aufdeckung und Hilfeholen schaffen
- Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Eltern für grenzüberschreitenden Machtmissbrauch
- Bessere Unterstützung für Betroffene leisten
- Kritische Überprüfung von Traditionen
- Umgang mit verdienten Tätern diskutieren

Der ausführliche Bericht wird im Herbst veröffentlicht.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) bedankt sich und eröffnet die Fragerunde.

Fabian Dolch (AK Rainbow) fragt, ob Rückzugsräume für Opfer eingerichtet werden.

Bernhard Könnecke (IPP) erläutert, dass die Schlafkultur in der Pfadfinderbewegung wenig Rückzugsräume, auch für Personen, die nicht mit bestimmten Personen in einem Raum oder Zelt schlafen wollen, bietet. Wichtig ist es dies in Zukunft zu ändern und mehrere Rückzugsräume zu schaffen.

Adrian Friedrich (LV NDS) fragt nach, was mit im Kontext der Fälle mit organisiertem Verbrechen gemeint ist.

Tina Schubert (IPP) erklärt, dass die Kinder und Jugendliche in Strukturen für strukturiertes Verbrechen reingebracht wurden.

Katze (Tim Schweizerhof, LV Hessen) erzählt, dass Pfadfinden ein sehr privatsphärefreier Raum ist. Er möchte wissen, warum für den Titel der Begriff „Sexueller Missbrauch“ benutzt wurde. Das suggeriert einen sexuellen Gebrauch.

Bernhard Könnecke (IPP) erwidert, dass es sehr weitreichende Diskussionen über die Nutzung der Begriffe gibt. Missbrauch wird als Oberbegriff verwendet, welcher die anderen Begriffe einschließt. Beide Begriffe können dafür verwendet werden.

Jakob Schäffler (LV Bayern) spricht den Handlungsbedarf bei bekannten Fällen an. Er fragt, ob das IPP Empfehlungen für eine Verringerung der Dunkelziffer hat.

Bernhard Könnecke (IPP) argumentiert, dass es wichtig sei, dass vor allem die Opfer Hilfe bekommen. Der Verband muss sensibilisieren und die Kinder und Jugendlichen schulen und ihnen zeigen, zu welchen Anlaufstellen sie bei sexualisierter Gewalt gehen können. Diese Personen müssen dann erreichbar sein. Dies können unter anderem Beratungsstellen sein. Wichtig ist, um die Aufdeckung zu verbessern, die Erreichbarkeit für Betroffene und schnelle erste Hilfe zu schaffen.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) bedankt sich für die Arbeit mit dem unangenehmen Thema. Sie fragt, ob sich die Handlungsempfehlungen und Erkenntnisse auf die Zeit vor 2006 beziehen. Außerdem fragt sie, wie die bereits eingeführten Maßnahmen von den Experten eingeschätzt werden.

Bernhard Könnecke (IPP) antwortet, dass sie sich den aktuellen Stand noch nicht genau angeschaut haben, aber Veränderungen und Verbesserungen als Ziel stark verfolgt werden. Außerdem wird ein sehr starker Wille festgestellt die alten Vorgehensweisen zu verändern und zu verbessern.

Tinka Schubert (IPP) erzählt, dass das Problem damit nicht aus der Welt ist, aber man sollte nicht mit den Maßnahmen aufhören. Sie sagt es sei positiv, dass viel gemacht wird, dies reiche aber noch nicht aus.

Adrian Friedrich (LV NDS) fragt, ob Strafanzeigen von Eltern auch mal dazu geführt haben, dass einige Strukturen zur Aufdeckung beitragen.

Tinka Schubert (IPP) erklärt, dass es einerseits wichtig ist, dass Straftaten angezeigt werden, da es in den untersuchten Fällen auch zu Verfahren und Verurteilungen kam. Das hat aber für die Betroffenen nicht zu großen Veränderungen geführt. Der Missbrauch und die Gelegenheiten dafür wurden dadurch nicht verhindert. Ein Beispiel ist, dass ein ausgeschlossenes Mitglied trotzdem immer wieder auftaucht. Oder sie gründen andere Pfadfindergruppen. Durch ein Urteil werden keine Kinder und Jugendlichen geschützt.

Bernhard Könnecke (IPP) erklärt weiterhin, dass Beschuldigungen nicht unbedarft gestellt werden sollen. Die Schilderung der Erlebnisse und das Abklopfen der Glaubwürdigkeit der Betroffenen ist sehr belastend. Das Wohlergehen der Betroffenen sollte in den Mittelpunkt gestellt werden.

Tinka Schubert (IPP) ergänzt, dass es Belege gibt, dass Eltern gerne Strafanzeige gestellt hätten, aber es einfach nicht genügend Unterstützung von Seiten des BdP gab. Es wurde den Eltern und den Betroffenen eher davon abgeraten eine Anzeige zu stellen. Sie argumentiert, dass dies unbedingt im BdP geändert werden muss. In Fällen von sexualisierter Gewalt muss man hinter den Betroffenen stehen.

Marie Viehmann (LV Bayern) sagt, dass die Täter überwiegend männliche Personen sind. Sie fragt, welche Geschlechter die Opfer haben und in welchem Alter sie bei den Übergriffen waren.

Bernhard Könnecke (IPP) erwidert, dass es Mädchen und Jungen gleichermaßen betrifft. Bei den pädophilen Männern werden Übergriffe eher auf die Jungen ausgeführt.

Tinka Schubert (IPP) ergänzt, dass auch ältere Jugendliche betroffen sind.

Nando Heinz (LV NRW) fragt, wie der Bundesvorstand mit den potenziellen Tätern umzugehen gedenkt.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erwidert, dass Sie mit den Fällen genauso umgehen, wie bei aktuellen Vorwürfen.

Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW) möchte wissen, ob die Zusammenarbeit mit dem BdP und dem IPP mit dem Abschlussbericht endet oder die Arbeit fortgeführt werden soll.

Bernhard Könnecke (IPP) antwortet, dass erstmal nichts geplant ist.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) ergänzt, dass sie überlegen eine Abschlussveranstaltung im überbündischen Kontext durchzuführen zu lassen.

Bernhard Könnecke (IPP) fügt hinzu, dass diese Arbeit ein langwieriger Prozess ist und auch jetzt den betroffenen Menschen die Chance ermöglicht werden soll, sich Hilfe zu holen und sich weiterhin zu melden. Er schlägt vor, dass sich die Verbandskultur verbessern sollte, damit Schritte zur Aufdeckung schneller vorangetrieben werden und Betroffene besser geschützt werden können.

Umberto Albano (LV NDS) fragt, ob sich Täter vernetzt und dadurch gegenseitig geschützt haben.

Bernhard Könnecke (IPP) erklärt, dass die Netzwerke von denen gesprochen wurde in einer Zeit waren, in der es sehr wenige Hemmungen gab, gerade bei den Pädophilen. Die Täter haben sich wenig darum bemüht unentdeckt zu bleiben. Kinder und Jugendliche müssen sensibilisiert werden was grenzüberschreitend ist.

Tinka Schubert (IPP) antwortet, dass es viele hätten aufdecken können, wenn sie gewollt hätten. Die Aufdeckungsversuche haben nicht dazu geführt, die Taten zu beenden. Die Netzwerke können auch bei einem Abschluss bestehen bleiben. Der Kontakt von Tätern durch die Netzwerke zum BdP müssen betrachtet und unterbunden werden.

Cäcilie Hoff (LV BBB) sagt, dass es Landesverbände gibt, aus denen viele Meldungen kamen. Sie möchte wissen, ob Gespräche mit solchen LVs oder Stämmen geplant sind.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) antwortet, dass derzeit mit einzelnen Landesverbänden und Stämmen gesprochen wird, welche von sexualisierter Gewalt betroffen waren/sind. Sie bittet die Delegierten darum, ihre Fragen mit Bedacht zu stellen, da es ein sehr wichtiges, aber auch sensibles Thema ist.

Adrian Friedrich (LV NDS) fragt, was mit den Landesverbänden ist, wo nichts aufgekommen ist, ob diese nochmal speziell betrachtet werden sollen.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) antwortet, dass es schwierig wird, nochmal alles von vorne aufzurollen. Daher sollen die Strukturen in allen Landesverbänden angepasst werden, nicht nur in denen mit Meldungen.

Bernhard Könnecke (IPP) ergänzt, dass auch die Landesverbände, welche sich noch nicht gemeldet haben, sich wahrscheinlich noch melden werden. Man merkt die Häufungen. Außerdem gab es Kreise aus dem BdP welche sich an der Studie nicht beteiligen wollten. Man will noch mehr Wissensfälle aus der Vergangenheit aufdecken. Er hat ein anonymes Interview geführt, über einen Menschen, der nicht genannt wurde. Die Aussprache über sexualisierte Gewalt ist den Betroffenen sehr wichtig. Die betroffene Person traut sich in der jetzigen Struktur nicht das Thema offen auszusprechen.

Michelle Büttner (LV RPS) erklärt, dass es wichtig ist, dass dieses Wissen nicht verloren geht. Betroffene Stämme sollten als Landesvorstand einsehbar sein.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) bedankt sich bei Bernhard und Tinka vom IPP für die aufschlussreiche Präsentation.

Fredde (Friederike Walter, AK Echolot) präsentiert anhand einer Präsentation* die Handlungsempfehlungen, die aus dem Zwischenergebnis und aus den eigenen Auswertungen resultieren:

- Mit dem Ende der Studie fehlt ein Anlaufpunkt für die älteren Fälle, deshalb ist es wichtig, dass der BdP den Betroffenen Gehör schenkt. Es ist notwendig ein professionelles Angebot für Betroffene zu schaffen.
- Das Klima nach sexualisierter Gewalt in Stämmen wird oftmals gestört, da Betroffenen nicht oder nur teilweise geglaubt wird.
- Betroffene wollen informiert werden, was mit „ihren“ Täter*innen im Verband passiert.
- Es sollen verbindliche Gruppenschulungen angeboten werden und diese sollen auch verpflichtend sein.
- Anerkennung des Leids Betroffener und eine Entschuldigung bei ihnen.
- Es ist besonders wichtig über das Thema zu reden, auch hier in der Bundesversammlung.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erzählt, dass die neuen Strukturen schon gut umgesetzt werden und das wichtige Thema angegangen wurde.

Aga (Andreas Gross-Albenhausen, LV NRW) merkt an, dass Leute, die aus dem BdP ausgeschlossen werden, auch ein Verbot bei den Partnerverbänden des rdp bekommen sollten.

Fredde (Friederike Walter, AK Echlot) antwortet, dass dies rechtlich leider nicht erlaubt ist. Es ist ein datenschutzrechtliches Thema. Es wird geprüft, wie die rechtliche Lage ist, dass der Kinderschutz vor dem Datenschutz steht. Betroffene haben die größten Probleme mit der Unglaubwürdigkeit und die Frage, an wen sie sich wenden können. Sie sieht hier eine rechtliche Schwierigkeit.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) bedankt sich bei Fredde und bedankt sich bei den Delegierten, dass sie sich mit dem schweren Thema auseinandergesetzt haben.

TOP 10 Unsere Partner

Stiftung Pfadfinden

Karin Dittrich-Brauner für die Stiftung Pfadfinden grüßt die Bundesversammlung auch im Namen des Stiftungsvorstandes.

Der Vorstand besteht aus 7 Personen das Kuratorium aus 40 Personen.

Es gab einen Wechsel in der Geschäftsführung und Michael Wetzlar ist jetzt neu im Amt. Es gab das 25-jährige Jubiläum der Stiftung Pfadfinden, dazu fand eine Feier im Römer in Frankfurt statt. Anlässlich des Jubiläums gab es für die Bundesversammlung ebenfalls Jubiläumplaketten, um die Verbindung der Bundesversammlung und der Stiftung zu symbolisieren.

Karin Dittrich-Brauner berichtet, dass im letzten Jahr 108.905 Euro in Pfadfinden investiert wurde. In Zukunft soll angestrebt werden jedes Jahr mindestens 100.000 Euro zu investieren. Es gab Förderungen u.a. für Heizkosten, Zukunftsschmiede, Stifungskosten usw.

Die Stiftung Pfadfinden sucht neue Vorstände und wünscht sich eine neue Generation von Vorständen. Karin ruft auf, neue Stifter*in oder Juniorstifter*in zu finden. Es kann sich hier vor Ort eingetragen werden.

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) dankt der Stiftung Pfadfinden für ihre Arbeit. Die Arbeit der Stiftung ermöglicht es, viele Projekte in unserer Jugendarbeit umzusetzen.

Karin Dittrich-Brauner (Stiftung Pfadfinden) bedankt sich ebenfalls beim Bundesvorstand für die gute Zusammenarbeit.

Bea (Beatrice Hanusch, LV BaWü) erklärt, dass es ihr persönlich wichtig ist, Stifterin zu sein. Sie möchte an dieser Stelle rückmelden, dass es schön wäre, auch Jüngeren (14-16jährigen) kommunizieren zu können, das Stiften wichtig und cool ist, dass dies aber schwierig ist.

Karin Dittrich-Brauner (Stiftung Pfadfinden) sagt, dass es immer wieder erklärt werden muss, was eine Stiftung ist. Eine Stiftung nutzt Kapital, um Projekte zu fördern. Es braucht Transformatoren, die dies allen erklären können, die nicht wissen, was eine Stiftung ist. Gestiftetes Geld geht nicht verloren, es wird nur der Ertrag genutzt.

Ring deutscher Pfadfinder*innenverbände (rdp)

Joschka Hench (Vorstand rdp) bedankt sich für die Einladung und begrüßt die Bundesversammlung. Er gibt einen kurzen Einblick in die Arbeit des rdp.

Die Verbände profitieren voneinander. Es gibt eine gute Zusammenarbeit im Thema Aufarbeitung. Wir sind da sehr weit, haben das Thema bei WOSM eingebracht und hoffen dort auf Zustimmung. Wir sind weiter als andere Verbände und haben dadurch Chance, andere Jugendverbände zu helfen Fehler zu vermeiden.

Die kollegiale Beratung und der Austausch untereinander ist gewinnbringend und bringt uns als rdp voran.

Ringpfadfinden hat großen Mehrwert v.a. beim World Scout Jamboree wird das sichtbar. Hier findet ein Austausch mit anderen Pfadfinder*innen statt.

Optimistisch stimmt ihn das positive Entwicklungsstadium der Zusammenarbeit auf Ringebeane und er dankt dem BdP für die Unterstützung.

Katze (Tim Long Schweizerhof, LV Hessen) dankt, dass Joschko da ist und möchte wissen, inwiefern die Schaffung einer hauptberuflichen Stelle zur Prävention sexueller Gewalt geplant ist.

Joschka Hench (Vorstand rdp) erklärt, dass es nicht zwingend eine hauptberufliche Stelle geben muss. Es kann auch eine externe Fachstelle sein. Konkrete Pläne gibt es derzeit noch nicht. Das Thema wird besprochen bzgl. Ressourcen und die Finanzen müssen abgeklärt werden.

Karolin Reinhold (Bundesamt) ergänzt, dass eine hauptamtliche Stelle im rdp nicht angedacht ist, sondern es soll eine erste Anlaufstelle geschaffen werden, ggf. übergreifend Betroffenenentreffen zu schaffen und Ressourcen zu bündeln.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) bedankt sich als Kollege im rdp Vorstand. Er findet die Zusammenarbeit konstruktiv und bereichernd.

TOP 5 Finanzen Teil 2 (Fortsetzung)

5.5 Vorstellung aktualisierter Wirtschaftsplan 2023 und Wirtschaftsplan 2024

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) beschreibt, dass es am Morgen noch eine Besprechung gab und im Voraus alle Fragen geklärt werden konnten. Eine wesentliche Frage war die Untergliederung des Wirtschaftszweckbetriebes und Abgrenzung zu Ausgaben des Vereins. Er erklärt den Unterschied der Ausgabenpunkte.

Tim Elsner (LV Hessen) bedankt sich bei Dustin für die vorbereitende Arbeit und die Möglichkeit am Morgen noch Fragen zu klären. Er plädiert dafür den Wirtschaftsplan im Anschluss anzunehmen.

5.6 Abstimmung aktualisierter Wirtschaftsplan 2023 und Wirtschaftsplan 2024

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Landesverband	Anwesende Delegierte	Mögliche Delegierte
Baden-Württemberg (BaWü)	9	9
Bayern	14	16
Berlin/Brandenburg (BBB)	7	7
Bremen	1	1
Hessen	11	14
Niedersachsen (NDS)	16	16
Nordrhein-Westfalen (NRW)	10	10

Rheinland-Pfalz/Saar (RPS)	10	10
Sachsen	2	3
Schleswig-Holstein/Hamburg (SHHH)	6	6
Thüringen	0	1
Bundesvorstand	4	4
Summe	90	97

Die Versammlung ist mit 90 von 97 möglichen Stimmen beschlussfähig.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
90	0	0

Somit ist der aktualisierte Wirtschaftsplan 2023 sowie der Wirtschaftsplan 2024 angenommen.

TOP 6 Abstimmung über vorliegende Anträge (Fortsetzung)

6.4 Antrag 07: Ausschlussgründe

Die Bundesversammlung möge beschließen:

§ 4 Absatz (2) der Bundessatzung wird wie folgt geändert:

§4 Beendigung der Mitgliedschaft

(2) Der Ausschluss eines Mitglieds ~~erfolgt~~ kann erfolgen, wenn das Mitglied

- den Vereinsinteressen zuwiderhandelt oder das Ansehen des Vereins schädigt, insbesondere durch Verletzung des Grundsatzes der politischen oder religiösen Toleranz;

- unter dem begründeten oder erwiesenen Verdacht steht, sexualisierte Gewalt auszuüben oder zu ermöglichen

- (unverändert)

Der Ausschluss kann auf Grundlage mehrerer Punkte begründet werden.

Über den Ausschluss eines Vereinsmitgliedes entscheidet der Bundesvorstand nach der von der Bundesversammlung erlassenen Ausschlussordnung.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erklärt, dass es in der Vorbereitung der Anträge auf dem BLT und im Kreise der Kontaktpersonen Anregungen für Änderungen des Antrags gab. Diese wurden von den Antragsstellenden als sinnvoll empfunden und in den hier zur Abstimmung gestellten Antrag bereits eingefügt.

Hannes Stintat (AK intakt) stellt den Antrag zur Satzungsänderung vor. Er beschreibt den Hintergrund des Antrages. Durch die Erfahrung des AK Intakt und aus Erfahrung des Aufarbeitungsprojektes wurde festgestellt, dass die Satzung Betroffengerechter gestaltet werden sollte. Es gibt zurzeit nur zwei Gründe, warum eine Person ausgeschlossen werden kann. Zu diesen soll der Grund in Bezug auf sexuelle Gewalt unter Verdacht zu stehen oder auszuüben hinzugefügt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
90	0	0

Der Antrag wurde mit 90 Stimmen angenommen.

TOP 9 Projekte

9.1 Pfadfindentag

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) berichtet, dass dieses Jahr erstmalig der Pfadi-Tag auch für den BdP stattfinden soll. Gründe dafür sind unter anderem Wachstum sowie gezielte und gut geplante Öffentlichkeitsarbeit. Der VCP lädt andere Verbände ein sich daran zu beteiligen.

Der Pfadi-Tag ist ein Tag des offenen Zeltes zwischen dem 22. Und 24.9.2023. Er gibt den Stämmen die Möglichkeit sich mit verschiedenen Aktionen zu präsentieren.

Vom VCP gibt es öffentliche Ressourcen (Bilder, Poster, Postkarten etc.), die von den Stämmen genutzt werden dürfen. Es gibt eine gemeinsame Website mit Informationen www.pfaditag.de sowie eine Social-Media Begleitung, die den Pfadi-Tag bewirbt.

Die Stämme können ihre Aktionen auf der Website zentral eintragen und somit bewerben. Der Pfadi-Tag wurde vom VCP Hessen entwickelt, letztes Jahr haben 80 Stämme in ganz Deutschland teilgenommen (ggf. sogar mehr). Wir dürfen die Materialien nutzen und BdP tauglich (Logo) ummünzen. Geplant ist es in 2023 teilzunehmen und es auszuprobieren. Zielsetzung ist es ca. 10-15 Stämme zu erreichen, die mitmachen.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) bittet um ein Meinungsbild, ob der BdP sich da einbringen soll, auch Gäste dürfen abstimmen.

Abstimmergebnis: Es gibt eine mehrheitliche Zustimmung.

Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH) fragt, ob das Landeswölflingslager auch in den Pfadi-Tag integriert werden könnte oder ob das ausgeschlossen ist.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) antwortet, wie man das vor Ort ausgestaltet ist offen. Er findet ein Landeswölflingslager die perfekte Veranstaltung zur Umsetzung des PfadiTages.

Nelly Düsel (LV Bayern) fragt, wie der VCP Bund Werbung macht. Nach ihren Erfahrungen sind Eltern nicht gut über Social-Media zu erreichen.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) sagt, dass er die Frage nicht sicher beantworten kann. Eventuell kann der Kika Beitrag für Werbung genutzt werden.

9.2 Schutzkonzept 2.0

Einige Mitglieder der Steuerungsgruppe stellen den aktuellen Stand anhand einer Präsentation* vor.

Es gibt keine Rückfragen.

TOP 12 Sonstiges

Tammo Steffens (LV Bremen) fragt ins Plenum, ob es für das Stammeskompasswochenende in Bremen Personen gibt, die eine Ausbildung haben und das unterstützen können.

Karlotta Quapp (LV RPS) wirbt für eine*n Kandidat*in für das Young Delegate Programm

TOP 6 Abstimmung über vorliegende Anträge (Fortsetzung)

6.5 Antrag 08: Ombudsrat

Es liegen mehrere Änderungsanträge vor. Einer wurde wieder zurückgezogen und durch einen weitergehenden Antrag ersetzt.

Hannes Stintat (AK intakt) erzählt, dass es eine aktuelle Version des Antrages gibt.

Während die aktuelle Fassung dem Plenum zugänglich gemacht wird, beschreibt er den aktuellen Ablauf von Ausschlussverfahren bei sexueller Gewalt. Er gibt zu bedenken, dass eine Besprechung in der Bundesversammlung eine Retraumatisierung für die Betroffenen darstellen kann. Das aktuelle Verfahren und die Dauer der Wartezeiten auf einen Entschluss bedeuten für die beteiligten Personen eine große emotionale Belastung.

Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW) fragt was Ombud beutet?

Hannes Stintat (AK intakt) erklärt, dass Ombud sowas wie beauftragen oder weitertragen bedeutet. Es beschreibt damit, dass das Gremium beauftragt wird stellvertretend zu handeln.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) übernimmt die Änderungsanträgen und möchte nur über die letzte Fassung abstimmen.

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundessatzung wird um „§12 Der Ombudsrat“ ergänzt.

§12 Der Ombudsrat

(1) Der Ombudsrat entscheidet abschließend über den Ausschluss eines durch den Bundesvorstand ausgeschlossenen Mitglieds, wenn Einspruch des Mitglieds eingelegt wurde. Er tagt nicht öffentlich.

(2) Der Ombudsrat besteht aus 7 - 11 Mitglieder. Im Ombudsrat müssen verschiedene Geschlechter vertreten sein, er soll nach Möglichkeit paritätisch besetzt sein. Unter den Mitgliedern des Ombudrates sollen alle Landesverbände vertreten sein.

(3) Die Mitglieder des Ombudrates werden von der Bundesversammlung einzeln für die Dauer von drei Jahren gewählt und bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode, mindestens aber bis zu Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Die Mitgliedschaft im Bundes- oder Landesvorstand und im Ombudsrat ist unvereinbar.

(4) Die Abwahl eines Mitglieds des Ombudrates aus wichtigen Gründen ist gemäß §7, Abs 8 der Bundessatzung jederzeit möglich.

(5) ~~Der Ombudsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens 5~~ Die Mitglieder nach Absatz 3 anwesend sind sollen sich aus persönlichen Gründen oder wenn die Entscheidung einen Angehörigen oder andere ihm nahestehende Personen betrifft, von der Beratung und Entscheidung zurückziehen.

(6) ~~Der Ombudsrat kann sachkundige Personen anhören. Wird der Ausschluss mit dem Verdacht der Ausübung sexualisierter Gewalt nach §4 Abs 2 der Bundessatzung begründet, ist die Leitung des Bundesarbeitskreises zur Prävention (intakt) anzuhören.~~ beschlussfähig, wenn mindestens fünf oder sieben Mitglieder nach Absatz 3 anwesend sind.

(7) ~~Der Ombudsrat entscheidet~~ kann sachkundige Personen anhören. Wird der Ausschluss mit einfacher Mehrheit dem Verdacht der Ausübung sexualisierter Gewalt nach §4 Abs 2 der Bundessatzung begründet, ist eine fachkundige Person im Themenfeld sexualisierte Gewalt anzuhören.

(8) ~~Die Beschlüsse des Ombudrates werden protokolliert.~~ Der Ombudsrat gibt sich selber eine Geschäftsordnung.

(9) ~~Der Ombudsrat tagt physisch an einem Versammlungsort oder virtuell~~ entscheidet mit Hilfe

~~elektronischer Kommunikationsmittel, wobei eine Kombination beider Tagungsarten 2/3 möglich ist. Eine Tagung erfolgt nach Einberufung durch den Bundesvorstand der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.~~

(10) Die Beschlüsse des Ombudrates werden schriftlich protokolliert.

(11) Ombudsrat tagt physisch an einem Versammlungsort oder virtuell mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel, wobei eine Kombination beider Tagungsarten möglich ist. Eine Tagung erfolgt nach Einberufung durch den Bundesvorstand.

(12) Er berichtet der Bundesversammlung über beschlossene Ausschlüsse.

Darüber hinaus werden §6 (1) und §7 (7) wie folgt geändert sowie die Nummerierung der auf §12 folgenden Paragraphen angepasst.

§ 6 Organe des Vereins

(1) Organe des Vereins sind

- Der Bundesvorstand
- Die Bundesversammlung
- Der Ombudsrat

Die Mitglieder des Bundesvorstands und des Ombudsrates müssen volljährig sein.

§7 Bundesversammlung

(7) Aufgaben der Bundesversammlung sind insbesondere

- Beschlüsse über Maßnahmen im Interesse des Vereinszweckes,
- Wahl des Bundesvorstands
- Wahl der Mitglieder des Ombudsrates,
- Bestätigung der Bundesbeauftragten
- ...

§ 11 Der Bundesvorstand, die BB

§ 12 Der Ombudsrat

§ 13 Der Landesvorstand, die LB

§ 14 Die Vorstände der örtlichen Gruppen

§ 15 Satzungen von Untergliederungen

§ 16 Datenschutz

§ 17 Auflösung des Vereins

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erklärt, dass sich die Anzahl der Mitglieder geändert hat. Sie bedenkt, wie man umgehen sollte, wenn Mitglieder befangen sind und somit keine Entscheidungen treffen können. Außerdem stellt sie die vorgenommenen Änderungen zum ursprünglichen Antrag vor um eine gerade Zahl der Mitglieder in Pattsituation zu umgehen.

Es gibt einen Änderungsantrag 08-Ä04

Die Bundesversammlung möge beschließen:

In folgenden Zeilen sollen Änderungen vorgenommen werden:

Zeile 6

(2) Der Ombudsrat besteht aus ~~7 Mitgliedern~~ sieben Mitgliedern und mindestens drei Ersatzmitgliedern. Die Ersatzmitglieder sind Personen, die an die Stelle ausscheidender Mitglieder oder in Fällen nach § 12 Abs. 5 stellvertretend an die Stelle eines Mitglieds treten. Dabei sollen alle Landesverbände unter den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern vertreten sein.

Zeile 7 - 9

(3) Die Mitglieder des Ombudrates werden von der Bundesversammlung einzeln und die Ersatzmitglieder in Listenwahl für die Dauer von drei Jahren gewählt und bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode, mindestens aber bis zur Neuwahl im Amt. Die Bundesversammlung entscheidet über die Anzahl der Ersatzmitglieder. Wiederwahl ist zulässig. Die Mitgliedschaft im Bundes- oder Landesvorstand und im Ombudsrat ist unvereinbar.

Zeile 11 - 12

(4) Die Abwahl eines Mitglieds des Ombudrates aus wichtigen Gründen ist gemäß ~~§7,~~ § 7 Abs. 8 der Bundessatzung jederzeit möglich.

Zeile 13 - 14

~~(5) Der Ombudsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens 5 Mitglieder nach Absatz 3 anwesend sind.~~

(5) Das Mitglied des Ombudrates darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung

1. das Mitglied selbst, oder

2. einen Angehörigen des Mitglieds, oder

3. einer vom Mitglied kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen Person betrifft.

Weiter ist das Mitglied von der Mitwirkung ausgeschlossen, wenn das Mitglied und die vom Ausschluss betroffene Person Mitglieder

1. des selben Landesverbandes, oder

2. des selben Gremiums

sind.

Das Mitglied kann sich weiterhin aus persönlichen Gründen von der Beratung und Entscheidung zurückziehen.

Das Mitglied, welches unter das Mitwirkungsverbot nach diesem Absatz fällt, hat dies dem Bundesvorstand unverzüglich anzuzeigen.

Angehörige im Sinne dieses Absatzes sind

1. der Ehegatte oder die eingetragene Lebenspartnerin oder der eingetragene Lebenspartner,

2. Verwandte und Verschwägerte gerader Linie sowie durch Annahme als Kind verbundene Personen,

3. Geschwister,

4. Kinder der Geschwister,

5. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,

6. eingetragene Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der eingetragenen Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner,

7. Geschwister der Eltern.

In diesen Fällen tritt stellvertretend ein Ersatzmitglied an die Stelle des Mitglieds.

(6) Der Ombudsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder nach Absatz 3 anwesend sind.

Zeile 15 - 17

~~(6)~~(7) Der Ombudsrat kann sachkundige Personen anhören. Wird der Ausschluss mit dem Verdacht der Ausübung sexualisierter Gewalt nach ~~54§ 4~~ Abs. 2 der Bundessatzung begründet, ist ~~die Leitung ein Mitglied~~ des Bundesarbeitskreises oder eines Landesarbeitskreises zur Prävention (intakt) anzuhören.

Zeile 19

~~(7)~~(8) Der Ombudsrat entscheidet mit ~~einfach~~ der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder.

Zeile 20

~~(8)~~(9) Die Beschlüsse des Ombudsrates werden schriftlich protokolliert.

Zeile 21

~~(9)~~(10) Der Ombudsrat hat Rechenschaft vor der Bundesversammlung in anonymisierter Form abzulegen.

~~(11)~~ Der Ombudsrat tagt physisch an einem Versammlungsort oder virtuell mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel, wobei eine Kombination beider Tagungsarten möglich ist. Eine Tagung erfolgt nach Einberufung durch den Bundesvorstand.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) stellt den Änderungsantrag vor. Er kündigt bereits an, dass dieser ggf. zurückgezogen wird, möchte aber die Möglichkeit nutzen sich zu äußern, was sie zum ursprünglichen Antrag zu ergänzen haben.

Der Änderungsantrag wird zurückgezogen, da die Antragssteller der Version des Antrags zustimmen, nachdem die Änderungen entsprechend der in der weiter unten dargestellten Version eingepflegt wurden.

Pfiff (Katharina Maidhof, LV BaWü) bittet darum sich die Rechtschreibung und den Wortlaut noch einmal anzuschauen und zu verbessern.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erklärt, dass noch redaktionelle Veränderungen vorgenommen werden und der Bundesvorstand das noch verbessern wird.

Tobi (Tobias Korb, LV SHHH) hat eine Nachfrage zu dem Punkt Paritätisch, wie bei 7-11 Mitgliedern alle Landesverbände vertreten sein sollen.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erläutert, dass diese Soll-Formulierung nicht beinhaltet, dass alle vertreten werden müssen. Aber sie gibt Tobi recht, dass dies ein Problem sein kann.

Lexi (Felix Wilke, LV BaWü) regt an, dass jetzt noch grammatikalische Änderungen vor dem Beschluss vorgenommen werden können. Er plädiert auf Zustimmung. Es besteht immer die Problematik, dass nicht alle Landesverbände abgebildet werden können, daher ist das mit 11 Personen ein Kompromiss. Er gibt zu bedenken, dass es wahrscheinlich schwierig ist aus allen Landesverbänden Personen zu finden, die diese Aufgabe übernehmen möchten.

Katze (Tim Schweizerhof, LV Hessen) möchte wissen, ob der Ombudsrat auch beschlussfähig ist, wenn nur 5, 7 oder 9 Mitglieder anwesend sind.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erwidert, dass dies richtig ist und gibt das Wort an Levi.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) antwortet ergänzend, dass mehrere berufen werden können, der Rahmen sollte aber aus den vorgestellten Gründen kleingehalten werden. Es muss eine ungerade Anzahl sein, um die Pattsituation auszuschließen.

Seppl (Joseph Hopfmüller, LV Bayern) möchte wissen, warum 11 Mitglieder gewählt werden müssen, wenn auch nur 5 bis 7 beschlussfähig sind.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erklärt, dass mehr Mitglieder gewählt werden müssen, damit der Rat beschlussfähig ist, wenn Personen nicht mit abstimmen können.

Seppl (Joseph Hopfmüller, LV Bayern) erläutert, dass der Ombudsrat zwar zu 11 beraten kann, aber für die Abstimmung dann 4 rausgehen müssten, um über den Beschluss abzustimmen.

Forsa (Marco Nüchel, Versammlungsleitung) erklärt, dass die Beschlussfähigkeit immer eine Minimalanforderung an die anwesenden Personen ist.

Michelle Büttner (LV RPS) stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf eine 5-minütige Unterbrechung der Sitzung, um den Antrag mit den eingebundenen Personen überarbeiten zu können und unnötige Unklarheiten zu vermeiden.

Es gibt keine Gegenrede. Die Versammlung wird kurz unterbrochen.

Antrag 08-Ä05: Änderungsantrag zu 08

Die Bundesversammlung möge beschließen:

In folgenden Zeilen sollen Änderungen vorgenommen werden:

Zeile 6

(2) Der Ombudsrat besteht aus 7 - 11 Mitglieder. Im Ombudsrat müssen verschiedene Geschlechter vertreten sein, er soll nach Möglichkeit paritätisch besetzt sein. Unter den Mitgliedern des Ombudsrates sollen alle Landesverbände vertreten sein.

Zeile 13 - 14

(5) ~~Der Ombudsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens 5~~ Die Mitglieder nach Absatz 3 anwesend sind ~~sollen sich aus persönlichen Gründen oder wenn die Entscheidung einen Angehörigen oder andere ihm nahestehende Personen betrifft, von der Beratung und Entscheidung zurückziehen.~~

Zeile 15 - 18

(6) ~~Der Ombudsrat kann sachkundige Personen anhören. Wird der Ausschluss mit dem Verdacht der Ausübung sexualisierter Gewalt nach §4 Abs 2 der Bundessatzung begründet, ist die Leitung des Bundesarbeitskreises zur Prävention (intakt) anzuhören.~~ beschlussfähig, wenn mindestens fünf oder sieben Mitglieder nach Absatz 3 anwesend sind.

Zeile 19

(7) Der Ombudsrat ~~entscheidet~~ kann sachkundige Personen anhören. Wird der Ausschluss mit einfacher Mehrheit dem Verdacht der Ausübung sexualisierter Gewalt nach §4 Abs 2 der

Bundessatzung begründet, ist eine fachkundige Person im Themenfeld sexualisierte Gewalt anzuhören.

Zeile 20

~~(8) Die Beschlüsse des Ombudsrates werden protokolliert.~~ Der Ombudsrat gibt sich selber eine Geschäftsordnung.

Zeile 21 - 23

~~(9) Der Ombudsrat tagt physisch an einem Versammlungsort oder virtuell entscheidet mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel, wobei eine Kombination beider Tagungsarten möglich ist. Eine Tagung erfolgt nach Einberufung durch den Bundesvorstand~~ der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Zeile 24

(10) Die Beschlüsse des Ombudsrates werden schriftlich protokolliert.
(11) Ombudsrat tagt physisch an einem Versammlungsort oder virtuell mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel, wobei eine Kombination beider Tagungsarten möglich ist. Eine Tagung erfolgt nach Einberufung durch den Bundesvorstand.
(12) Er berichtet der Bundesversammlung über beschlossene Ausschlüsse.

Der Änderungsantrag wird in den Ursprungsantrag eingearbeitet und dann dem Plenum vorgestellt. In dieser Zeit wird die Wahl der Revisor*innen vorgezogen.

TOP 7 Wahlen

Wahl der Revisor*innen

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) fordert auf, dass sich auch weibliche Revisorinnen aufstellen lassen sollen.

Kandidat*innen:

- Aga (Andreas Gross-Albenhausen, LV NRW)
- Fabi (Fabian Börner, LV Bayern)
- Helmut List (LV NDS)
- Forsa (Marco Nüchel, Bundes AK)
- Vale (Valentin Waldthausen, LV BaWü)
- Simon Redenius (LV NDS)
- Nüvi (Jan Westerhoff, LV NDS)
- Tim Elsner (LV Hessen)
- James (Christian Wolf, LV BaWü)
- Julius Meschke (LV NDS)
- Jonny (Jean-Pierre Walter, LV BBB)
- Pasti (Pascal Schröder, LV NDS)
- Bea (Beatrice Hanusch, LV BaWü)
- Nele Euler (LV RPS)
- Carla Kölling (LV BBB)
- Lisanne Bachmann (LV Hessen)
- Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH)
- Jojo (Johanna Veit, LV Bayern)
- Klette (Cendrine Haas, LV Hessen)

Die Wahl erfolgt en bloc:

Ja	Nein	Enthaltung
91	0	2

Somit sind die genannten Personen als Revisor*innen gewählt. Die Zustimmung zur Wahl liegt von allen Personen vor.

TOP 6 Abstimmung über vorliegende Anträge (Fortsetzung)

6.5 Antrag 08: Ombudsrat (Fortsetzung)

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) stellt einen GO Antrag, dass die Wahl des Ombudsrates auf die nächste Bundesversammlung vertagt werden soll.

Gegenrede erfolgt durch Lukas Bauer (LV Bayern). Er argumentiert, dass er die angefangene Diskussion zu Ende bringen möchte, da sie auf der nächsten Bundesversammlung neu angefangen werden müsste.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
18	67	8

Somit ist der GO-Antrag abgelehnt.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) erläutert die Änderungen des Änderungsantrages. Der Ombudsrat ist rechtlich beschlussfähig, wenn mindestens 5 Leute von den gewählten Leuten anwesend sind.

Pasti (Pascal Schröder, LV NDS) fragt, was in der Praxis passiert, wenn ein Patt entsteht.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) erwidert, dass durch die Formulierung versucht wurde, dies zu umgehen.

Frieder (David Christiansen, LV NRW) möchte wissen, ob der Ombudsrat sofort wirksam arbeiten kann und wie sich das mit laufenden Ausschlussverfahren verhält.

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) antwortet, dass alle Anträge vom Ombudsrat beschlossen werden, die nach seiner Wahl angelaufen sind.

Pfiff (Katharina Maidhof, LV BaWü) möchte wissen, ob die Mehrheit der abgegebenen Stimmen bedeutet, dass bei vielen Enthaltungen nur wenige Stimmen den Ausschlag geben. Und falls das zutrifft, kann man sich überlegen, eine Regelung für die Pattsituation explizit in die Geschäftsordnung aufzunehmen, so dass die Entscheidung an die Bundesversammlung zurückgegeben wird.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) antwortet, dass es nicht möglich sein sollte, da es eine Entscheidung der Bundesversammlung überschreiten würde.

Jakob Schäffler (LV Bayern) merkt an, dass dieser Antrag sehr gut ist. Ein Ausschlussverfahren in der Bundesversammlung ist anstrengend, ein Ombudsrat ist eine sehr gute Idee. Die Geschäftsordnung des Ombudsrats sollte durch die Bundesversammlung festgelegt werden. So können wir entscheiden, was passiert. Es gibt so viele neue Änderungen, wir sollten die Regularien juristisch sauber ausarbeiten und nächstes Jahr richtig einbringen.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) erwidert darauf, dass der Ombudsrat als Gremium sich die Geschäftsordnung selbst geben kann, so wie es der Bundesvorstand ebenfalls macht.

Jakob Schäffler (LV Bayern) erwidert, dass der Bundesvorstand rechtlich belangt werden kann, aber nicht der Ombudsrat. Daher ist hier die Geschäftsordnung zu regeln.

Demian Botros (LV Hessen) stellt einen GO zur Schließung der Redeliste aufgrund des enormen Zeitverzuges.

Es gibt dazu keinen Gegenrede deshalb wird die Rednerliste geschlossen.

Guschtl (AK intakt) merkt an, dass der Antrag unglaublich wichtig für die Betroffenen ist. Er bittet um Zustimmung des Antrages, wenn die Mitglieder der Bundesversammlung das vertreten können.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) sagt, dass sie die relevanten Themen prüfen lassen und mit so soliden Mitteln wie möglich arbeiten wollen.

Forsa (Marco Nüchel, Versammlungsleitung) verliest den vorliegenden Antrag.

Antrag. 08 NEU: Satzungsänderungsantrag Ombudsrat

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundessatzung wird um „§ 12 Der Ombudsrat“ ergänzt.

§ 12 Der Ombudsrat

(1) Der Ombudsrat entscheidet abschließend über den Ausschluss eines durch den Bundesvorstand ausgeschlossenen Mitglieds, wenn Einspruch durch das Mitglied eingelegt wurde. Er tagt nicht öffentlich..

(2) Der Ombudsrat besteht aus sieben bis elf Mitgliedern. Im Ombudsrat müssen verschiedene Geschlechter vertreten sein, er soll nach Möglichkeit paritätisch besetzt sein. Unter den Mitgliedern des Ombudsrates sollen alle Landesverbände vertreten sein.

(3) Die Mitglieder des Ombudsrates werden von der Bundesversammlung einzeln für die Dauer von drei Jahren gewählt und bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode, mindestens aber bis zur Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Die Mitgliedschaft im Bundes- oder Landesvorstand und im Ombudsrat ist unvereinbar.

(4) Die Abwahl eines Mitglieds des Ombudsrates aus wichtigen Gründen ist gemäß § 7 Abs. 8 der Bundessatzung jederzeit möglich.

(5) Die Mitglieder sollen sich im Fall von persönlicher Befangenheit, z. B. wenn die Entscheidung einen Angehörigen oder andere dem Mitglied nahestehende Personen betrifft, von der Beratung und Entscheidung zurückziehen.

(6) Der Ombudsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder nach Absatz 3 anwesend sind.

(7) Der Ombudsrat kann sachkundige Personen anhören. Wird der Ausschluss mit dem Verdacht der Ausübung sexualisierter Gewalt nach § 4 Abs 2 der Bundessatzung begründet, ist eine fachkundige Person im Themenfeld sexualisierte Gewalt anzuhören.

(8) Der Ombudsrat gibt sich selbst eine Geschäftsordnung.

(9) Der Ombudsrat entscheidet mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

(10) Die Beschlüsse des Ombudsrates werden schriftlich protokolliert

(11) Der Ombudsrat tagt physisch an einem Versammlungsort oder virtuell mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel, wobei eine Kombination beider Tagungsarten möglich ist. Eine Tagung erfolgt nach Einberufung durch den Bundesvorstand.

(12) Der Ombudsrat berichtet der Bundesversammlung über beschlossene Ausschlüsse.

Darüber hinaus werden § 6 (1) und § 7 (7) wie folgt geändert sowie die Nummerierung der auf § 12 folgenden Paragraphen angepasst.

§ 6 Organe des Vereins

(1) Organe des Vereins sind

- Der Bundesvorstand
- Die Bundesversammlung
- Der Ombudsrat

Die Mitglieder des Bundesvorstands und des Ombudsrates müssen volljährig sein.

§7 Bundesversammlung

(7) Aufgaben der Bundesversammlung sind insbesondere

- Beschlüsse über Maßnahmen im Interesse des Vereinszweckes,
- Wahl des Bundesvorstands
- Wahl der Mitglieder des Ombudsrates,
- Bestätigung der Bundesbeauftragten
- ...

§ 11 Der Bundesvorstand, die BB

§ 12 Der Ombudsrat

§ 13 Der Landesvorstand, die LB

§ 14 Die Vorstände der örtlichen Gruppen

§ 15 Satzungen von Untergliederungen

§ 16 Datenschutz

§ 17 Auflösung des Vereins

Abstimmung über den vorliegenden Antrag:

Ja	Nein	Enthaltung
91	0	2

Somit ist der Antrag angenommen.

Forsa (Marco Nüchel, Versammlungsleitung) unterbreitet wegen des Abbaus der Technik und der vorangeschrittenen Zeit den Vorschlag, den Dringlichkeitsantrag 16 von Adrian Friedrich (LV NDS) zu vertagen.

Adrian Friedrich (LV NDS) bekräftigt nochmal die Wichtigkeit seines Antrages zur Positionierung des BdP zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Er bittet um den Versuch, dass der Antrag heute noch besprochen wird.

Forsa (Marco Nüchel, Versammlungsleitung) schlägt eine Abstimmung vor, ob der Antrag heute noch behandelt wird.

Lexi (Felix Wilke, LV BaWü) stellt einen GO Antrag, dass der Dringlichkeitsantrag auf die nächste Bundesversammlung verschoben werden sollte, da nicht genügend Informationen vorhanden sind. Es ist zwar wichtig Stellung zu beziehen, aber es würde auf dieser Versammlung mit zu schlechten Sachvoraussetzungen diskutiert werden.

Abstimmung über die Vertagung des Dringlichkeitsantrages:

Ja	Nein	Enthaltung
41	38	0

Somit wird der Antrag verschoben.

TOP 7 Wahlen (Fortsetzung)

Wahlen zum Ombudsrat

Münchhausen (Florian Senge, LV NRW) stellt einen GO Antrag und plädiert auf geheime Wahl. Da es keine Gegenrede gibt, wird ein Wahlausschuss gebildet. Folgende Personen werden vorgeschlagen:

- James (Christian Wolf, LV BaWü)

- PC (Philipp Cordes, LV Bremen)
- Torben Pötter (LV RPS)
- Leon Sager (LV SHHH)
- Günni (Moritz Becker, Bundesleitung)
- Skrallan Köhler (LV NDS)

Die Wahl erfolgt en bloc:

Ja	Nein	Enthaltung
87	0	1

Alle gewählten Personen nehmen die Wahl an. Damit ist der Wahlausschuss gewählt.

Die Mitglieder des Ombudsrates werden geheim gewählt. Folgende Kandidat*innen werden vorgeschlagen:

- Gesche Volkers (LV NDS)
- Fabian Dolch (LV NDS)
- Forsa (Marco Nüchel, LV NRW)
- Lukas Bauer (LV Bayern)
- Georg Heidisch (LV Sachsen)
- Jojo (Johanna Veith, LV Bayern)
- Anni (Ann-Katrin Zill, LV Sachsen)
- Annika Amsel (LV Hessen)
- Dobby (Tim Stellwag, LV SHHH)
- Pfiff (Katharina Maidhof, LV BaWü)
- Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW)
- David Eichelsheimer (LV-Hessen)
- Katze (Tim Schweizerhof, LV Hessen)

Bis auf Katze und David stellen sich alle genannten Personen zur Wahl.

Hannes Stintat (Versammlungsleitung) erläutert den Wahlvorgang. Pro Person hat jede*r Delegierte eine Stimme. Die Delegierten müssen die Namen auf die Zettel schreiben, damit der Wahlausschuss die Stimmen auswerten kann.

Die Kandidat*innen stellen sich vor.

Die Versammlung wird für 30 Minuten unterbrochen. Die Tagung wird danach fortgesetzt ohne Technik.

TOP 6 Abstimmung über vorliegende Anträge (Fortsetzung)

Die Versammlungsleitung prüft die Beschlussfähigkeit:

Landesverband	Anwesende Delegierte	Mögliche Delegierte
Baden-Württemberg (BaWü)	8	9
Bayern	15	15
Berlin/Brandenburg (BBB)	4	6
Bremen	1	1
Hessen	10	13
Niedersachsen (NDS)	16	16
Nordrhein-Westfalen (NRW)	10	10
Rheinland-Pfalz/Saar (RPS)	9	10
Sachsen	3	3
Schleswig-Holstein/Hamburg (SHHH)	5	6

Thüringen	0	1
Bundesvorstand	4	4
Summe	88	97

Die Versammlung ist mit 88 Delegierten beschlussfähig.

6.6 Antrag 06: Änderung der Ausschlussordnung

Die Bundesversammlung möge beschließen:

§3 Absatz (1) d), e), Absatz (2) d), e) und §4 der Ausschlussordnung werden wie folgt geändert:

§3 Verfahren

(1) Natürliche Personen auf allen Ebenen

d) Das Mitglied kann gegen den Ausschluss Einspruch beim Bundesvorstand einlegen. Dieser muss ~~den Einspruch auf der nächstfolgenden Bundesversammlung einbringen.~~ innerhalb der nächsten 8 Wochen eine Sitzung des Ombudrates einberufen.

e) ~~Die Bundesversammlung~~Der Ombudrat entscheidet dann abschließend, vereinsintern über den Ausschluss.

(2) Juristische Personen

1. d) Das Mitglied kann gegen den Ausschluss Einspruch beim Bundesvorstand einlegen. Dieser muss ~~den Einspruch auf der nächstfolgenden Bundesversammlung einbringen.~~ innerhalb der nächsten 8 Wochen eine Sitzung des Ombudrates einberufen.

2. e) ~~Die Bundesversammlung~~Der Ombudrat entscheidet dann abschließend, vereinsintern über den Ausschluss.

§4 Fristen

Das Mitglied kann innerhalb von ~~zwei Monaten~~vier Wochen nach dem Zugang des Ausschlusses, es gilt das Datum des Poststempels, beim Bundesvorstand schriftlich Einspruch erheben.

~~Der Bundesvorstand muss den Einspruch bei der nächst folgenden Bundesversammlung einbringen, die dann abschließend, vereinsintern über den Ausschlussantrag entscheiden.~~

Punzel (Annika Schulz, Bundesvorsitzende) stellt den Antrag des Bundesvorstandes vor und erläutert noch einmal die Dringlichkeit dieses Antrages.

Es gibt keine Rückfragen

Es liegt ein weiterer Änderungsantrag vor.

Antrag 06-Ä02: Änderungsantrag zu 06

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Zeile 2

§3 Absatz (1) d), e), Absatz (2) d), e) und §4 der Ausschlussordnung werden wie folgt geändert:

Zusätzlich werden §3 Absatz (1) d), e) und Absatz (2) d), e) jeweils um einen neuen Punkt f) ergänzt.

Zeile 5 – 8

~~d) Das 1. Mitglied kann gegen den Ausschluss Einspruch beim Bundesvorstand einlegen. Dieser muss den Einspruch auf der nächstfolgenden Bundesversammlung einbringen. innerhalb der nächsten 8 Wochen eine Sitzung des Ombudrates einberufen.~~

d) Das Mitglied kann gegen den Ausschluss Einspruch beim Bundesvorstand einlegen. Dieser muss

~~den Einspruch auf der nächstfolgenden Bundesversammlung einbringen, innerhalb der nächsten 8 Wochen eine Sitzung des Ombudsrates einberufen.~~

Zeile 10

~~e) Die Bundesversammlung~~Der Ombudsrat entscheidet dann abschließend, vereinsintern über den Ausschluss.

f) Kann der Ombudsrat nicht entscheiden und zeigt dies an, so muss der Bundesvorstand den Einspruch auf der nächsten Bundesversammlung einbringen. Diese entscheidet dann abschließend unter Ausschluss der Öffentlichkeit über den Ausschlussantrag.

Zeile 12 - 15

~~d) Das Mitglied kann gegen den Ausschluss Einspruch beim Bundesvorstand einlegen. Dieser muss den Einspruch auf der nächstfolgenden Bundesversammlung einbringen, innerhalb der nächsten 8 Wochen eine Sitzung des Ombudsrates einberufen.~~

d) Das Mitglied kann gegen den Ausschluss Einspruch beim Bundesvorstand einlegen. Dieser muss ~~den Einspruch auf der nächstfolgenden Bundesversammlung einbringen, innerhalb der nächsten 8 Wochen eine Sitzung des Ombudsrates einberufen.~~

Zeile 16 - 17

~~e) Die Bundesversammlung~~Der Ombudsrat entscheidet dann abschließend, vereinsintern über den Ausschluss.

e) Die BundesversammlungDer Ombudsrat entscheidet dann abschließend, vereinsintern über den Ausschluss.

f) Kann der Ombudsrat nicht entscheiden und zeigt dies an, so muss der Bundesvorstand den Einspruch auf der nächsten Bundesversammlung einbringen. Diese entscheidet dann abschließend unter Ausschluss der Öffentlichkeit über den Ausschlussantrag.

Alexander Schmidt (Bundesvorsitzender) merkt an, dass erstens die verschiedenen Änderungen des vorherigen Antrages bereits berücksichtigt wurden und die Wahrscheinlichkeit, dass der Ombudsrat keine Entscheidung treffen kann sehr gering ist.

Zweitens ist es für Betroffene ein großes Hindernis sich anzuvertrauen, wenn in weiteren Gremien beraten wird. Es würde den Betroffenen signalisieren, dass der Ombudsrat im Zweifel nicht das finale Gremium ist. Das wäre für die Betroffenen emotional belastend.

Drittens beauftragt die Bundesversammlung den Ombudsrat. Sollte der Rat keine Entscheidung treffen können, obliegt die Entscheidung ohnehin der Bundesversammlung, da diese den Rat beauftragt hat. Er spricht sein Votum gegen die vorgeschlagene Änderung von Levi, Tetis und Lexi aus.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) bestätigt, dass nur der Absatz f geändert wurde. Mehr inhaltliche Änderungen gäbe es nicht.

Es gibt eine Zwischenfrage, wie lang die Fristen sind.

Levi (Nikola Lalovic, LV BaWü) erklärt, dass in der Frist von 8 Wochen eine außerordentliche Bundesversammlung einberufen werden kann.

Lukas Bauer (LV Bayern) erklärt, dass bereits beschlossen wurde, dass der Ombudsrat abschließend entscheidet. Wenn die Versammlung den Änderungsantrag übernehmen und beschließen würden, würde sich das gegenseitig aufheben.

Fe (Felix Dotterweich, LV Sachsen) möchte an Guschtls Vorschlag erinnern, dass dem Ganzen erstmal Zeit geben werden soll, sich zu entwickeln und damit arbeiten wie es ist. Er spricht sich gegen weitere Änderungen und für eine Abstimmung aus.

Weitere Redebeiträge werden zurückgezogen.

Durch Abreisen von Delegierten gibt es erneut eine Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Landesverband	Anwesende Delegierte	Mögliche Delegierte
Baden-Württemberg (BaWü)	8	9
Bayern	15	15
Berlin/Brandenburg (BBB)	4	6
Bremen	1	1
Hessen	10	13
Niedersachsen (NDS)	16	16
Nordrhein-Westfalen (NRW)	10	10
Rheinland-Pfalz/Saar (RPS)	9	10
Sachsen	3	3
Schleswig-Holstein/Hamburg (SHHH)	5	6
Thüringen	0	1
Bundsvorstand	4	4
Summe	85	97

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag Ä02:

Ja	Nein	Enthaltung
0	83	2

Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung zum veränderten Antrag des Bundsvorstands:

Abstimmungsergebnis

Ja	Nein	Enthaltung
85	0	0

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

TOP 7 Wahlen (Fortsetzung)

Wahlen zum Ombudsrat (Fortsetzung)

Das Ergebnis der Stimmauszählung ergibt 89 gültige Stimmen. 1 Stimmzettel war ungültig.

Fe (Felix Dotterweich, LV Sachsen) stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Vernichtung der Wahlzettel. Es gibt keine Gegenrede. Die Wahlzettel werden vernichtet.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesche Volkers (LV NDS)	82	1	6
Fabian Dolch (LV NDS)	78	4	7
Forsa (Marco Nüchel, LV NRW)	61	18	10
Lukas Bauer (LV Bayern)	79	2	8
Georg Heidisch (LV Sachsen)	67	3	18
Jojo (Johanna Veith, LV Bayern)	80	5	4
Anni (Ann-Katrin Zill, LV Sachsen)	70	1	18
Annika Amsel (LV Hessen)	81	1	7

Pfiff (Katharina Maidhof, LV BaWü)	84	1	4
Tarzan (Rafael Kaiser, LV NRW)	59	14	16

Alle gewählten anwesenden Personen nehmen die Wahl an.

TOP 9 Projekte (Fortsetzung)

9.3 Immenhausen

Dustin Schmidt (Bundesschatzmeister) verzichtet darauf eine Präsentation vorzustellen und bittet um Mithilfe beim Aufräumen.

Die Präsentation stellt er im Nachhinein einen zu Verfügung.

TOP 12 Sonstiges (Fortsetzung)

Adrian Friedrich (LV NDS) äußert sich dazu, dass der Dringlichkeitsantrag Asyl verschoben wurde. Dies findet er nicht korrekt. Er sagt, dass dieser im aktuellen Rahmen hätte besprochen werden können. Er möchte sich mit Alex aus dem Bundesvorstand und der Bundesbeauftragten für politische Bildung zu dem Thema noch austauschen.

Demian Botros (LV Hessen) bedankt sich im Namen der hessischen Delegation bei allen und insbesondere beim Bundesvorstand und allen Helfenden. Er freut sich, dass man durch die nach wie vor hohe Anwesenheit sieht, dass uns im BdP gelebte Demokratie wichtig ist.

Aaron Eichholz (LV BBB) gibt bekannt, dass vom 13. bis 15.10.2023 das Sängerfest Burg Ravenstein Brandenburg stattfindet.

Der Landesverband BBB verleiht den diesjährigen Claus-Bietz-Preis für die meisten Redebeiträge an Smiley (Lara Rönnebeck, LV SHHH).

Günni (Moritz Becker, Bundesleitung) verkündet zwei weitere Termine:

Vom 02.10. bis 06.10.2024 findet das Bundesmeutenführungstreffen (BMFT) in Immenhausen statt

Vom 27.07. bis 04.08.2024 findet der Wölflingssommer in Petterweil statt. Die Anmeldung hierfür ist schon offen. Es werden für beide Veranstaltung noch Helfende und Teamende gesucht. Die Ausschreibungen dafür sind schon online.

Ann-Katrin Schmidt (Bundesamt) gibt den Termin der nächsten Bundesversammlung vom 14. bis 16.06.2024 bekannt.

Erklärung der Abkürzungen im Protokoll:

Abkürzungen der Landesverbände sind der Feststellung der Beschlussfähigkeiten zu entnehmen

LV – Landesverband

AK – Arbeitskreis

GO – Geschäftsordnung

VCP – Verband Christlicher Pfadfinder*innen e.V.

WAGGS – World Association of Girl Guides and Girls Scouts

WOSM – World Organization of the Scout Movement

BV – Bundesversammlung

rdp – Ring deutscher Pfadfinder*innenverbände e.V.

DPV – Deutscher Pfadfinder*innenverband e.V.

WSJ – World Scout Jamboree

Bula – Bundeslager

Bufa – Bundesfahrt

KJP – Kinder- und Jugendplan des Bundes

BLT – Bund-Land-Treffen

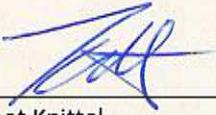
BWA – Betriebswirtschaftliche Auswertung

IPP – Institut für Praxisforschung und Projektberatung München

* Alle benannten Unterlagen (Berichte, Präsentationen, etc.) auf den Seiten 3, 4, 7, 9, 11, 20, 25, 31, 33 und 37 können bei Bedarf im BdP Bundesamt angefordert werden. Aufgrund der umfangreichen Anzahl verzichten wir darauf, diese als Anlagen dem Protokoll beizufügen und bitten um Verständnis.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Immenhausen, den 04.08.23



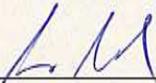
Gernot Knittel

Immenhausen, den 06.08.2023



Philipp Cordes

Immenhausen, den 08.08.23



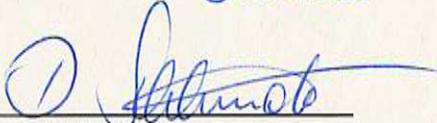
Annika Amsel

Immenhausen, den 31.08.23



Jessica Giesselmann

Immenhausen, den 31.08.23



Diana Schlundt

Immenhausen, den 31.08.23



Silvia Houda

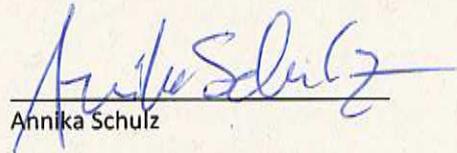
Bundesvorstand:

Immenhausen, den 13.9.'23



Alexander Schmidt

Immenhausen, den 15.09.23



Annika Schulz